

Bezugspreis:

Für den Monat Juni 1923 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 3000 M., für das übrige Ausland 11000 M. Postbezugspreis für die in d. Postbestellungen...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 12. Juni 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Postfachkonto Lindenstraße 3

Baldwin und Poincaré.

Der diplomatische Kampf um die interalliierte Konferenz.

London, 11. Juni. (W.B.) Reuter zufolge verlautet, daß kein endgültiger Vorschlag von britischer Seite für eine interalliierte Konferenz erfolgt sei, aber daß es unter den gegenwärtigen Umständen nicht vollkommen überraschend sein würde, wenn ein solcher Vorschlag bald erfolgte. Ein unterrichtete offizielle Kreise äußerten sich mit keinem Wort über den Fortschritt der englisch-französischen Erörterungen, es verlautete jedoch von einer gewöhnlich gut unterrichteten Seite, daß Poincaré dafür einträte, daß die Alliierten einschließlich Großbritannien unverzüglich eine Note an die deutsche Regierung richteten, worin gefordert werde, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufhöre. Der französische Premierminister sehe diesen Schritt, wie verlautet, als eine notwendige Vorbedingung für die Aufnahme jeder alliierten Erörterung in der Reparationsfrage an. Die britische Ansicht scheine andererseits zu sein, daß eine volle alliierte Erörterung über die Reparationsfrage vor jeder derartigen Aktion, wie sie von dem französischen Ministerpräsidenten vorgeschlagen werde, stattfinden müsse.

Trotz seiner äußerst vorsichtigen Formulierung gibt das Reuter-Kommuniqué ein sehr klares Bild der gegenwärtigen diplomatischen Lage:

Poincaré versucht, die englische Regierung für die Forderung der Einstellung des passiven Widerstandes an der Ruhr zu gewinnen und macht merkwürdigerweise von dieser Zustimmung die Beteiligung Frankreichs an einer interalliierten Reparationskonferenz abhängig. Die Note, die er gestern durch den Vorkämpfer St. Aulaire in London überreichen ließ, enthält und begründet diese Forderung.

Baldwin dagegen will vor allem die interalliierte Konferenz herbeiführen, und zwar aus zweierlei Gründen: einmal, weil die Zustimmung Englands zu dieser französischen Forderung eine nachträgliche direkte Billigung des Ruhrunternehmens, also einen Bruch mit der bisherigen Haltung Englands zum Ruhrkonflikt, ja eine neue diplomatische Kapitulation Englands vor Frankreich bedeuten würde; andererseits aber auch, weil er nicht einmal weiß, ob ein solcher Umfall überhaupt zu einem Ergebnis führen würde, denn damit wäre der englisch-französische Gegensatz in der Reparationsfrage, der auf der Pariser Konferenz Anfang Januar zum Bruch zwischen Poincaré und Bonar Law führte, noch lange nicht überbrückt. Im Gegenteil, die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Poincaré einen solchen Sieg in der Frage des passiven Widerstandes erst recht ausnützen würde. Sowohl militärisch an der Ruhr gegen Deutschland wie auch diplomatisch in London, Brüssel und Rom gegen England — um sich noch unmagiebriger als bisher in der Reparationsfrage zu erweisen.

Sowohl das politische Interesse Großbritanniens, wie auch die einfachste Logik sprechen für die Auffassung Baldwins: denn was hat Englands Zustimmung zu Poincarés Kapitulationsforderung mit der Frage des Zustandekommens einer interalliierten Reparationskonferenz zu tun? Das scheint einstweilen auch Belgiens Standpunkt zu sein, das wieder einmal zu vermitteln sucht, indem es in London hat beantragen lassen, daß jeder einzelne Alliierte zunächst seinen Standpunkt zur deutschen Note und zur Reparationsfrage präzisieren: also zwar noch keine regelrechte interalliierte Reparationskonferenz, aber zumindest ein Austausch und Vergleich interalliiertem Schriftstücke über die Reparationsfrage. Belgien hat in dieser Richtung bereits einen ersten positiven Schritt getan, indem es gestern durch seinen Gesandten in London eine Denkschrift zum Reparationsproblem überreichen ließ.

Von Italiens Stellungnahme in diesem diplomatischen Streit verlautet bisher nichts Bestimmtes, doch läßt sich wohl annehmen, daß es zumindest den belgischen Vermittlungsvorschlag unterstützen wird, denn einmal steht es seit Beginn des Ruhrkonflikts fast auf dem gleichen Standpunkt wie England und andererseits hat es sich nicht wie Belgien auf die Forderung der Einstellung des passiven Widerstandes festgelegt.

Der sehr vorsichtige Optimismus, der aus dem einen Satz des Reuter-Kommunikés über die Möglichkeit der Einberufung einer interalliierten Konferenz spricht, dürfte auf diese Unterstützung des englischen Standpunkts durch Italien und Belgien zurückzuführen sein. Mit dieser offiziellen Wendung versucht Baldwin offenbar auch einen stärkeren Druck auf Poincaré auszuüben. Er wird hierin übrigens von der gesamten englischen Presse sehr wirksam unterstützt, die Frankreichs Unnachgiebigkeit heftig kritisiert. Aber selbst angenommen, der neue Premierminister lehnte sich in dieser Frage gegen Poincaré durch, man würde damit nur am Anfang einer langen Kette von Schwierigkeiten stehen, die noch zu überwinden blieben.

Mit dem Zustandekommen einer interalliierten Konferenz wäre indessen nicht nur ein erster, wichtiger Fortschritt erzielt,

sondern auch und vor allem eine unheilvolle Wendung zum Schlechteren verhütet, die sich zweifellos ergeben müßte, wenn England sich der Forderung Poincarés nach Einstellung des deutschen Widerstandes anschließen würde.

Vertagung der Baldwin-Rede.

London, 11. Juni. (W.B.) Unterhaus. Auf die Frage des liberalen Parlamentsmitgliedes Lambert, ob der Premierminister mitteilen könne, was die Regierung jetzt tun werde, um für Großbritannien einen gerechten Anteil an den deutschen Reparationszahlungen und den Zahlungen der alliierten Schulden zu sichern, erwiderte Baldwin, er sei nicht in der Lage, mehr zu sagen, als daß diese Frage die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch nehme.

Ein anderes Parlamentsmitglied fragte den Premierminister, ob er in der Lage sei, Erklärung mit Bezug auf die Lage im Ruhrgebiet abzugeben. Baldwin sagte: „Ich kann im Augenblick keine Erklärung abgeben.“ Wedgwood Benn (Arbeiterpartei) fragte, ob Baldwin eine Erklärung vor der Debatte abgeben werde, die, wie er hieß, morgen im Oberhaus stattfinden werde. Baldwin erwiderte: „Ich weiß nichts davon, daß sie morgen stattfinden wird.“

Die Dortmunder Vorfälle.

Kein nationalistisches Attentat.

Paris, 11. Juni. (W.B.) Die Abendpresse bringt keine zusammenhängende Darstellung über den Verlauf des aus Dortmund gemeldeten Todes der beiden französischen Feldwebel. Seit ihrer ersten Mitteilung, in der deutsche Zivilisten der Tat beschuldigt werden, hat die Agentur Havas seit 24 Stunden keine weitere Nachricht veröffentlicht. Nur der „Temps“ bringt eine Meldung, die offenbar von französischer Regierungsstelle stammt. Die Fassung dieser Nachricht läßt es geboten erscheinen, alle Schilderungen, die bisher von französischer Seite veröffentlicht wurden, mit der größten Vorsicht anzunehmen.

Die Nachricht des „Temps“ lautet: Wir haben gestern gemeldet, daß Sonnabend abend 10 1/2 Uhr zwei französische Feldwebel vom 149. Infanterieregiment in einer Straße Dortmunds von drei deutschen Zivilisten durch Revolvergeschüsse getötet worden sind. Nach vorläufig noch summarischen Berichten aus Dortmund soll dieser Doppelmord nicht aus nationalistische Agitation zurückzuführen sein (den gleichen Vorbehalt machten bereits einige Morgenblätter), vielmehr sollen die beiden französischen Unteroffiziere bei einem Streit, der aus einer Auseinandersetzung zwischen noch nicht ermittelten Zivilisten und den Ermordeten entstanden ist, getötet worden sein.

Dortmund, 11. Juni. (W.B.) Infolge des verschärften Belagerungszustandes kam es im Laufe des gestrigen Abends zu Zwischenfällen. Die Räumung der Straßen um 9 Uhr wurde teilweise unter Wahrung der noch auf den Straßen befindlichen Passanten durchgeführt, wobei die Franzosen reichlich Ohrfeigen und Fußtritte austeilten. Einer der Zivilisten erhielt im Laufe des Abends bei der Räumung der Straßen den tödlichen Schuß. Drei weitere wurden in der Nacht erschossen und zwei schwer verletzt, welche darauf ihren Verletzungen erlagen. Durch Augenzeugen wurde festgestellt, daß die Franzosen aus nächster Nähe ohne vorherigen Wortwechsel die Personen erschossen haben. Drei der Leichen mußten von den Deutschen zu der Stelle geschleppt werden, wo die beiden französischen Offiziere erschossen wurden. Die Leichen wurden in die Blutlachen der Offiziere gesteckt. Bei der Besetzung des Stadthauses heute morgen beschlagnahmten die Franzosen 41 Millionen Mark. Die Truppen im Stadtkreis sind beträchtlich vermehrt worden.

Elsersfeld, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Hauptbahnhof Dortmund war während des ganzen heutigen Tages von französischem Militär umstellt. Die Truppen sind jedoch gegen Abend wieder abgerückt.

Ein französischer Posten in Recklinghausen erschossen.

Münster, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In Recklinghausen ist in der Nacht zum 11. Juni zwischen dem Bahnhof und Bahnhofhotel ein französischer Posten erschossen worden. Infolgedessen ist über die Stadt der Belagerungszustand mit erheblichen Straßensperren von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ohne jede Einschränkung für irgendeine Berufsgruppe verhängt worden. Leute, die in der angegebenen Zeit auf der Straße angetroffen werden, werden ohne weiteres erschossen. Am Tage dürfen nicht mehr als vier Personen zusammengehen. Aus Anlaß des Attentats ist heute der Kriminalkommissar Tylwer und der Postinspektor Die von den Franzosen verhaftet und in das Gymnasium abtransportiert worden.

(Eine offizielle Bestätigung der Meldung steht zur Stunde noch aus. Am. d. Red.)

Höllen ist aus Frankreich ausgewiesen worden und wieder in Berlin eingetroffen.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Doppelseite kostet 2500 M. Vollzeile 1400 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 600 M. (gültig für zwei festgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 400 M. Stellensuche das erste Wort 400 M., jedes weitere Wort 300 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 600 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Löhne und Preise in Oesterreich.

GP. Wien, 9. Juni.

Später als in Oesterreich ist in Deutschland der Zusammenbruch der Währung erfolgt, und wie in Oesterreich folgen nun auch in Deutschland die Löhne den Preisen erst in großem Abstände. Es wird daher wohl die deutschen Arbeiter interessieren zu erfahren, wie Preise und Löhne in Oesterreich sind.

Die Ziffern, die ich mitteile, beziehen sich, wo nichts anderes bemerkt ist, auf Wien. Die Preise sind dem „Oesterreichischen Volkswirt“ entnommen, der jeden Monat die Kosten der Lebenshaltung berechnet, und sind am 29. Mai ermittelt. Zum Vergleich sind nach derselben Quelle in Klammern die Preise vom ersten Halbjahr 1914 angegeben. Die Angaben über die Löhne sind keiner gedruckten Quelle entnommen; da die vom Bundesamt für Statistik herausgegebenen „Statistischen Nachrichten“ nur monatlich erscheinen und das letzte Heft erst die Angaben über den Stand der Löhne von Ende April enthält, habe ich direkte Ermittlungen bei der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte eingezogen, wo mir bereitwillig die eben verarbeiteten Daten von Ende Mai und Anfang Juni mitgeteilt wurden.

Ich lasse nun, und zwar im wesentlichen ohne Bemerkung, die festgestellten Daten folgen. Zunächst über die Lebensmittel:

Es kostete 1 Laib Brot 6800 Kronen (im Frieden 0,46), 1 Kilogramm 6600 (0,36), je 1 Kilogramm Kartoffeln 700 (0,10), Erbsen 11 300 (0,40), Bohnen 5000 (0,35), frisches Kraut 3000 (0,24), Reis 7800 (0,60), Rindfleisch 27 800 (2,00), Schweinefleisch 42 000 (2,10), Butter 62 000 (2,40), Schmalz 30 000 (1,60), Margarine 28 000 (1,20), 1 frisches Ei 1300 (0,10), 1 Kilogramm weißer Kristallzucker 14 400 (0,80), — 1 fertiger Anzug mittlerer Güte 660 000 (im Frieden 60), 1 Paar Schuhe in billiger Ausführung 137 500 (14), 1 Hemd in mittelguter Ausführung 70 000 (8,00), 1 Kilogramm Kohle 1030 (0,04), 1 Kilogramm Brennholz 610 (0,01), 1 Kubikmeter Gas 2100 Kronen (0,17).

Philipp Knab, von dem diese Zusammenstellungen stammen, berechnet danach für bestimmte vorausgesetzte Mindestbedürfnisse einer Person den monatlichen Aufwand für Nahrungsmittel mit 319 048 Kronen (33,26), für Kleidung 106 108 (10,03), Wohnung 389 232 (41,24), kulturelle Bedürfnisse 84 000 (7,80), zusammen also von 898 388 Kronen gegenüber 82,33 Kronen im Frieden.

Was nun die Löhne betrifft, so ist zum Verständnis der folgenden Daten zu bemerken, daß, wie bei den Beamten — wenigstens vorläufig noch, wenn auch der Generalkommissär dagegen weiter —, das Indexsystem gesetzlich festgelegt ist, die Kollektivverträge der Arbeiter und der meisten Privatangestellten ein kompliziertes System von Grundlöhnen oder Mindestlöhnen, von starren und gleitenden Zulagen vorsehen. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß bei der Bauindustrie und bei der Lebensmittelindustrie die normalen, tatsächlichen Löhne angegeben sind, bei den Schneidern gemissermaßen Mindestlöhne, ebenso Mindestlöhne bei den Tischlern und graphischen Arbeitern, wo aber daneben noch Qualifikationszulagen üblich sind. Bei den Metallarbeitern dagegen sind es Durchschnittslöhne, wobei selbstverständlich Abweichungen nach oben oder unten wegen des Akkords die Regel sind; die im Kollektivvertrag angeführten Mindestlöhne betragen gar nichts für das wirkliche Einkommen. Für die Angestellten sind die statistischen Daten meist noch nicht verarbeitet, so daß nur die der Straßenbahner und der kaufmännischen Angestellten angeführt werden können.

Es betragen also die Wochenlöhne in der Metallindustrie: Dreher 407 000 Kronen, Mechaniker und Schlosser 381 000, Spengler und Schmelzer 394 000, Werkzeugmacher 429 000, qualifizierte Hilfsarbeiter 297 000, Hilfsarbeiterinnen 252 000 Kronen. Ferner betragen die Löhne (in tausend Kronen) in der Damenkonfektion für Postgehilfen 279 bis 323, in der Herrenkonfektion für selbständige Arbeiter 223, für sonstige Arbeiter 168, in der Kundenschneiderei für Herrenschneider in den besten Firmen 385, für Damenschneider bis 385, in der Gummiindustrie für Professionisten 344, für Hilfsarbeiter 227, graphische Industrie: Buchdrucker 328, Hilfsarbeiter 228, Buchbinderei: Spezialarbeiter 306; Holzindustrie (im Mai erfolgte keine Erhöhung): Tischler, Klavierarbeiter, Tapezierer und Korbflechter, Bildhauer haben im wesentlichen dieselben Löhne, und zwar die hochqualifizierten Arbeiter der höchsten Stufen 334 bis 354, männliche Hilfsarbeiter 238; Bäcker in Handbetrieben 365 bis 369; Brauereien: Borarbeiter 525, Professionisten 502, qualifizierte Hilfsarbeiter 448, Hilfsarbeiter 371 bis 410, Frauen 218; Bauindustrie: Maurer 419, Hilfsarbeiter 343, Hilfsarbeiterinnen 232; Expedition: Chauffeure 334, Kutscher 331, Magazinarbeiter 321; Straßenbahner: Schaffner und Fahrer 330.

Die kaufmännischen Angestellten haben zwei Kollektivverträge, beim Oremium der Kaufmannschaft (die protokoll-

fierten Kaufleute) sind die Mindestgehälter, die vierzehnmal im Jahr ausgezahlt werden, im ersten Halbjahr 491 000 Kronen, dann 494 000, nach fünf Jahren 883 000 Kronen, bei der Bereinigung der Kaufmannschaft die Mindestgehälter, die fünfmal im Jahr ausgezahlt werden, nach dem ersten Halbjahr 625 000, nach dem sechsten Jahr 1 251 000 Kronen.

Da die neueste Statistik, namentlich für die Angestellten, von der Arbeiterkammer noch nicht fertiggestellt sein kann, seien die vorstehenden Angaben noch aus den „Statistischen Nachrichten“ ergänzt, obwohl deren Statistik nur den Stand von Ende April gibt. Da die Bezüge der Angestellten meist sich enge an das Indefinitum anschließen und der Index im letzten Monat 5 Proz. betrug, ist der Unterschied zwischen April und Mai recht wesentlich.

Bankangestellte: in Großbanken hatten Beamte im ersten Halbjahr 516 785, im 15. Dienstjahr 1 920 069 Kronen Monatsgehalt, im 25. Dienstjahr 2 321 646, Beamtinnen im 10. Dienstjahr 1 557 543, bei Privatbanken Beamte im 7. Dienstjahr 1 493 330, Gehilfen im ersten Halbjahr 265 499, im 7. Dienstjahr 1 194 744 Kronen; **Bauangestellte:** administrative Hilfskräfte (über 22 Jahre alt) 988 398 Kronen, administrative männliche Angestellte Mindestlohn 1 076 511, Buchhalter 1 538 530, Bautechniker 1 423 293, Architekten 1 681 809, Bauleiter 1 914 734, Baumeister und Ingenieure 2 298 600 Kronen; **Elektroindustrie:** Buchhalter 2 201 915 Kronen, Kassierer 1 626 251, Korrespondenten 1 446 356, Kalkulanten, Expedienten 1 532 705, Stenotypistinnen 856 300, Telefonistinnen 877 888, Saldoaufschreibern 1 021 804, Buchhaltungsbeamte 1 302 440, Schichtenführer 1 144 132, technische Betriebsleiter 2 367 418, Chefingenieure 2 638 663, Obermeister 2 216 306, Werkmeister 1 993 287, Magazinleiter 1 347 440, Versuchstechniker und Laboranten 1 856 516, Detailkonstruktoren 863 496, Zeichner 976 803, Bizemeister 1 813 342 Kronen; **Metallindustrie:** Profuristen 2 626 467, Oberbuchhalter 2 619 271, Buchhalter 1 575 880, Kassierer 1 604 663, Maschinenschreiberinnen 755 559, Ingenieurarbeit Leistende 2 590 488, Obermeister 2 403 397, Werkmeister 1 992 163, Zeichner 1 590 272, Magazinleiter 1 273 657 Kronen.

Aus den „Statistischen Nachrichten“ seien nun auch noch die Stundenlöhne der wichtigsten Arbeiterkategorien von Ende April, und zwar für Facharbeiter, qualifizierte Hilfsarbeiter, nichtqualifizierte Hilfsarbeiter und weibliche Hilfsarbeiter mitgeteilt, alles dies für Wien:

	Facharbeiter	Qualifizierte Hilfsarbeiter	nichtqualifizierte Hilfsarbeiter	weibliche Hilfsarbeiter
Baugewerbe	8410	7880	6810	4620
Holzindustrie	8827	5089	4882	3537-3957
Steingewerbe	6426-7944	5787-7114	4578-5578	4302-5300
Papierindustrie	5875	4866	4291	2793
Ziegelindustrie	4154-4793	2992	2982	1992
Bau- und Möbelfach	5856-7881	4961	4642	3520-4312
Metallindustrie:				
Kleinbetriebe Lohn	5600-6000	5670-6020	5200-5700	2618-3120
Werkst.	7840-7600	6960-7210	5200-6500	3390-3970
Großbetriebe Lohn	5600-7000	5670-6000	5500-5700	2618-3900
Werkst.	8010-8590	7740-8130	5900-6700	3960-4140
Chem. Großindustrie, Extraktions-, Gas-, allg. Präparate-, Zers., Sodawasserindustrie	5922-6600	5481-5742	5229-5478	3150-3564

Dem reichsdeutschen Leser muß es überlassen bleiben, welche Schlüsse er aus diesen Zahlen ziehen will.

Dollars für Oesterreich.

New York, 11. Juni. Die Firma Morgan teilt mit, daß die von ihr angebotenen 25 Millionen Dollar Prozentige österreichische Obligationen zum Kurse von 90 Proz. in einer Viertelstunde gezeichnet waren.

Der Staatsrat wird am 19. Juni wieder zu Vollkungen zusammenzutreten. Zur Beratung steht neben verschiedenen kleineren Vorlagen der Entwurf einer Verfügung zur Änderung der Prüfungsordnung.

Nachtschichtwechsel im Hafen.

Von P. Haupt.

Gegen die riesigen Schwimmkästen der Bandungsbrücken, die nur wenig und widerwärtig dem Bogen des Wassers folgen wie die wühligen Rücken riesiger Elefanten, rauschen die Wellen der Elbe nimmer müde, immer unruhig. Ueber den Wassern, hier, dort, schwanfende Klüppel: schlafende, lebende Schiffe, die träumen von heißen Tropen oder trostigen Felsküsten, von Häfen mit Booten, die braune und schwarze Menschen rudern; Schiffe, die erschauernd träumen von nassen, grauen Nebel, durch den drohend das Gebrüll der Nebelhörner ertönt, oder von rotendem, sturmgepeinigtem Bogengang, draußen im weiten Meer.

Ein rotes und ein grünes Licht schlingen einen weiten Bogen über die dunkle Wasserfläche. Sie nähern sich. Unter ihnen wächst niedrig und platt ein Schlepperrumpf aus der Finsternis, wie eine Traube drängt es sich um seinen Schornstein: Menschen, Arbeiter, die um 10 Uhr Feierabend machende Schicht von den Kohlenhebern und Kranen. Auf dem Ponton wartet die abförende Nachtschicht. Stilles Aussteigen, kurze Grüße, die Nachtschicht hinein in den Schlepper, als er anlegt. Ein kurzer, rauher Pfiff, dann peitscht die Schraube des Wasser, schiebt sich der Dampfer weg vom Landungsplatz. Hinweg geht es in den Außenhafen, wo an nimmermüden Hebern müde Menschen der Abfölung harren.

Die Wellen rauschen gegen den Bug, werfen sich ihm entgegen, als wollten sie die Fahrt wehren. Vergebens, in hundert Sprühen zerstäubend, bespuhen sie ohnmächtig die auf dem Borderteil des Dampfers Stehenden. Kling, ein Zeichen zur Maschine herunter, um deren Laufband, sich wärmend am heißen Odem, sich alles drängt. Pfahldübel, eisengekettet, ragen auf, eine trübe elektrische Birne leuchtet in ihrem Schilde ein halb Dutzend Arbeiter und Bureauwädel, die von irdendwelchen Ueberstunden kommen, einen Pontonteil wie dräben mit diesen schwarzen Krampen. Kurzer Aufschrei, einseitigen, weiter. Weg von den Lichtern der ruhenden Schiffe geht der Weg, hinein in breites Wasser und Dunkel, das sich im Unendlichen zu vermischen scheint. Heimlich töstet einen Augenblick weißes Licht den Dampfer ab, ein schmales, bedägliches Gefährt flüht vorbei — eine Postzettelkoffe. Dann ist der Schlepper wieder allein. Allein mit seinem Pulsschlag der Maschine, mit dem Häuflein Menschen, die ihre Alltagsgeschichten erzählen, trostige Klüge reihen, Brotbeutel und Kaffeeflasche nicht aus der Hand lassen. Funkenflug aus dem Schornstein webt einen flatternden Baldachin über sie: Himmelsheit der Arbeit. Wellen spielen Schaukel mit dem plumpen Dampfer, aber unentwegt drückt die Schraube ihn seinen Weg.

Der dorthin geht, wo wie ein Saurier, ein ausgestorbener Ungeheuer der Urwelt, der Schwimmheber sich aus dem Wasser reckt, zwei Birnen wie Blögen in dem hoch oben im Gefänge

Großdeutsch und zum Loschlagen bereit.

Äußerungen im Münchener Hochverratsprozess.

Die gestrige Verhandlung im Münchener Hochverratsprozess, in deren Verlauf der Name Kupprechts von Wittelsbach eine gewichtige, noch zu klärende Rolle spielte, brachte die Vernehmung des ehemaligen Führers des Münchener Hochschulrings und Führers der Maschinengewehrkompanie des Blücherbundes, Pankow. Dieser Zeuge sagte aus, daß der Blücherbund großdeutsche Tendenzen verfolgte und daß die Münchener Arbeitsgemeinschaft nationaler Verbände den Rücktritt der Regierung Cuno als das Zeichen zur Erhebung betrachtete würde. Damit ist eindeutig festgestellt, daß der Blücherbund, der sich bewußt durch die Angeklagten Fuchs und Genossen mit französischem Gelde speisen ließ, in sehr enger Geistesverwandtschaft zu der deutschvölkischen Freiheitspartei steht. Er ist großdeutsch und zum Loschlagen bereit wie die deutschvölkische Partei, nur daß die Deutschvölkischen, von dem preußischen Innenminister gestellt, das zweite ablegen im Gegensatz zu ihren Gesinnungsgenossen von der Münchener Arbeitsgemeinschaft nationaler Verbände, die offen aussprechen dürfen, daß sie zum gewaltsamen Umsturz bereitstehen, ohne daß sich die bayerische Regierung rührt.

Für die bayerische Regierung ist die Aussage des Zeugen Pankow die denkbar schwerste Belastungsprobe. Sie steht in den engsten Beziehungen zu der Arbeitsgemeinschaft und muß von ihren Plänen unterrichtet sein. Wird sie aus den Aussagen des Zeugen Pankow die notwendigen Konsequenzen ziehen, und wenn nicht, wird die Reichsregierung die bayerische Landesregierung auf ihre Pflichten aufmerksam machen?

München, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Von den Zeugnisaussagen des heutigen Tages sind nur einige Bemerkungen des früheren Vorsitzenden des Münchener Hochschulrings, Pankow, erwähnenswert, der bis zur Verhaftung des Fuchs und Genossen (28. Februar) Führer der Maschinengewehrkompanie im Blücherbund gewesen ist! Er schildert die großdeutschen Tendenzen des Bundes, ferner die verschiedenen Parolen der Bundesleitung für eine bevorstehende Aktion und bestätigt wiederholt, daß ein Rücktritt der Regierung Cuno für die Angehörigen des Bundes Blücher und die ihm verwandten Organisationen zum Loschlagen genügt hätte. Ob Cuno freiwillig oder auf rein parlamentarischem Wege zurückgetreten wäre, hätte dabei keine Rolle gespielt. Der bloße Abgang Cunos als Reichskanzler wäre, wie der Zeuge auf wiederholtes Befragen angibt, für diese Leute gleichbedeutend gewesen mit dem Ausbruch des Bolschewismus.

Am übrigen war der ganze Tag ausgefüllt mit Vorlesungen des Verteidigers Grafen Pestalozza gegen die vier Belastungszeugen. Durch eine endlose Reihe von Fragen, die vom Gerichtshof als teilweise nicht zur Sache gehörig abgelehnt wurden, kompaktierte er die Aussagen des Zeugen Friedmann in außerordentlicher Weise. Schließlich kam es dann auch zwischen ihm und dem Vorsitzenden zu einem heftigen Zusammenstoß. Dem Vorsitzenden riß die Geduld mit folgendem Ausspruch: „Ich finde es als eine ungewöhnliche Art, wenn man einen Zeugen so beschwört, wie es geschehen ist.“ Das gab nun dem Verteidiger Veranlassung, in leidenschaftlicher Weise gegen den Gerichtshof zu protestieren und festzusetzen, daß das Gericht seine Kompetenzen weit überschritten habe. Damit wurde die Montagsitzung geschlossen.

Knilling, der Ehrenpräsident.

München, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Es hört sich wie ein schlechter Scherz an, wenn man in der „Bayerischen Staatszeitung“ liest, daß die sogenannten Vaterländischen Kampfbünde dem Ministerpräsidenten Knilling das Ehrenpräsidium angeboten haben. Wenn die Redung der Wahrheit entspricht, so muß man aus diesem Wunsch der bayerischen Aktivistenschleife, daß die Gegnerschaft der von Knilling geföhrten bayerischen Regierung gegen die Nationalsozialisten und die bayerischen

Stoßtrupp, die doch das treibende Element in diesen Kampfbünden sind, von diesen in keiner Weise ernst genommen wird. Auf Grund eines solchen Ehrenpräsidiums bestände wohl kaum ein Zweifel mehr darüber, daß Hitler und die bayerische Regierung in Zukunft miteinander gemeinsame Sache machen.

Infolge der Vorgänge am 1. Mai ist bekanntlich der damalige Vorsitzende der „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ Münchens, der aktivistische Herr Keller, von seinem Posten zurückgetreten aber besser verdrängt worden. An seine Stelle wurde nun der frühere Stadtverordneter Rüber zum Vorsitzenden gewählt. Er hat folgendes Programm aufgestellt: Rückkehr zu Kahr, Schaffung des Staatspräsidenten, Kampf gegen die Republikverfassung, den Staatsgerichtshof und gegen die Weimarer Verfassung, Wiederherstellung der Wehrhaftigkeit unter Erfassung der Jugend.

Die Brotverbilligung.

Alles drückt sich vom Zahlen.

Am Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde am Montag die Debatte über die Ausbringung der Mittel zur Brotverbilligung für die Sozial- und Kleinrentner, Erwerbslosen usw. fortgesetzt. In den bürgerlichen Parteien sind die kapitalistischen Elemente mit ungeheurem Eifer am Werk, die Abgabe, die zur Brotverbilligung erforderlich ist, auf das denkbar niedrigste Maß herabzubringen. Selbst bürgerliche Redner sehen sich deshalb zu der Feststellung gezwungen, daß die Landwirtschaft zwar die Ausbringung der Getreidemenge mit dem Versprechen erkaufte habe, nur die Bedürftigen zu schütten, daß sie aber schon jetzt nur das eine Ziel kennt, sich dieser bereits gesetzlich festgelegten Verpflichtung zu entziehen. — Die sozialdemokratischen Redner forderten, daß die Erwerbslosen, wie dies dem früheren Beschluß des Reichstages entspricht, unter allen Umständen mit in den Kreis der Verbilligungsberechtigten einbezogen werden. Sie waren auch die einzigen, die den Antrag der Regierung auf Erhöhung der Abgaben um das Zehnfache unterführten, während die bürgerlichen Parteien diesen Betrag für viel zu hoch bezeichneten. Dem Abg. Schlad (Ztr.) wurde die Bernierföschung beantragt, doch soll, falls diese Summe nicht ausreicht, die Nacherhebung des Föschbetrages mit Zustimmung des Reichsrates und Reichstages möglich sein. Die Rechte gar wollten den dreifachen Betrag zugestehen und wandte sich außerordentlich heftig gegen die von Schlad beantragte Sicherungsklausel. Am schlimmsten demahnen sich die Demokraten. Der Abg. Reinach beantragte Ausbringung der Mittel in vier Raten, wobei der erste Termin der 1. Oktober sein soll.

Nach langwierigen Erörterungen, bei denen es zu keinerlei Uebereinstimmung der verschiedenen Anschauungen kam, wurde die Sitzung vertagt. Das absolute Durcheinander beider bürgerlichen Parteien und die starken Bemühungen, der Ausbringung der Mittel nach Möglichkeit zu entgegen, wird leider unterstützt durch das Finanzministerium. Es nimmt überhaupt keine Stellung, obwohl ihm doch die Verantwortung dafür zukommt, daß der Gesamtbeitrag der Verbilligungszuschüsse ausgebracht wird. So besteht auch jetzt wieder die große Gefahr, daß eine ähnliche Komödie bei der Erhöhung der Zwangsanleihe für diesen besonderen Zweck aufgeföhrt wird, wie keinerlei bei der Schaffung der Zwangsanleihe, nur mit dem Unterschied, daß diesmal nicht das Reich, sondern die Rentner der betrogene Teil sind.

Die Oldenburger Wahlen.

Oldenburg, 11. Juni. (WB.) Ergebnis der Landtagswahlen. Es erzielten: Lanzen (Demokrat) 9 Sitze (1920: 7 Sitze), Dammann (Deutsche Volkspartei) 9 (13), Borchfeld (Deutschnationale Volkspartei) 3 (1), Riejer (Zentrum) 9 (11), Hug (Vereinigter Sozialdemokratischer Partei) 11 (10) und Unabhängige Sozialdemokraten 0 (5) Sitze, Kommunisten 2 oder 3 (0).

Die Deutsch-Völkische Freiheitspartei hat gegen den Uebergang des durch den Tod des Abg. v. Braun erledigten Reichstagsmandats an den Volksparteiler Prof. Kahl Protest erhoben und beantragt das Mandat für sich. Die Angelegenheit wird das Wahlgewichtungsgericht beschäftigen.

steuer, Zuwachssteuer, Zwangsanleihe usw. wieder abzunehmen, so bleibt ihm von dem „Niesengewinn“, bei Dichte beisehen, nicht viel übrig.

Trotzdem wird das Lotteriespiel auch jetzt nicht aufhören; hat es doch für viele einen prinzipiellen Reiz. Auch die mancherlei seitjamen Ergebnisse von Lotteriespielen veranlassen viele, die es gar nicht nötig haben, immer wieder bei Fortuna ihr Heil zu versuchen. Der Zufall spielt freilich beim Lotteriespielen gelegentlich eine seltsame Rolle. So befand sich, es war noch in Friedenszeiten, einmal ein Journalist aus Christiania in den Tagen der Ziehung der Preussischen Massenlotterie gerade in Frankfurt a. M., wo er im Hotel zwei Herren kennenlernte, deren einer bedauerte, fünf Mark für ein Zehntellos hinausgeworfen zu haben“. Sein Freund erbot sich, es ihm abzukaufen. Am nächsten Tage kam die Nummer, mit einem Gewinn von 10 000 Mark heraus. So geschah es auch vor mehreren Jahren, daß der Hauptgewinn einer belgischen Lotterie — 150 000 Francs — nicht abgeholt wurde. Trotz aller Ausschreibungen medelte sich der Besitzer des Loses lange Zeit nicht. Endlich wurde das Rätsel gelöst. Wenige Tage vor der Ziehung war ein belgischer Grubenarbeiter einem Unglück zum Opfer gefallen; nach Brauch und Sitte wurde er in seinen Sonntagsgewändern beiseht. Erst nach längerer Zeit erinnerte sich seine Familie, daß er ein Los der Ausstellungslosenerien erstanden hatte, und daß dieses Los sich wahrscheinlich in der Tasche des Anzuges befand, in dem er zur letzten Ruhe getragen worden war. Die Familie erbat und erlangte auch die Erlaubnis der Behörde, den Sarg noch einmal zu öffnen, und in der Tat fand man in der Westentasche des Toten das losbare Papier, das die Nummer des Hauptgewinns aufwies.

Der Pflanzen-Zauberer. Die Stadt Santa Rosa im Staate Kalifornien ist dabei, ihrem berühmtesten Mitbürger, Luther Burbank, dem „Pflanzen-Zauberer“, wie er in Amerika und über dessen Grenzen hinaus genannt wird, zu Ehren einen Park zu errichten, der die Bezeichnung Zauberpark mit gutem Rechte verdient.

In diesem Park sollen tausend sämtliche Schöpfung dieses Züchters vereinigt werden, als da sind: der dornenlose Kaktus, die Pfäume ohne Kerbe, der schwarze Malnußbaum, der schon in zehn Jahren schlagreif ist anstatt in hundert, und ferner alle Rehschöpfung, die von Burbank, dem trotz seiner 75 Jahre noch sehr Rüstigen, zu erwarten sind. Vor 50 Jahren hat Burbank, damals ein frakter Redizinstudent, sich in Santa Rosa niedergelassen und eine Baumzucht gegründet. Im dritten Jahre seines Unternehmens wurde ihm der erste große Erfolg zuteil. Ein ungeduldiger Obstzüchter verlangte 20 000 Stück junge Pflanzensamen, die innerhalb von zehn Monaten zum Verpflanzen zur Verfügung stehen sollten. Als alle alleingelassenen Baumzuchtbesitzer die Lieferung als unmöglich ablehnten, übernahm sie Burbank. Da die Jahreszeit bereits zu weit vorgeschritten war, konnten nur noch Mandelkerne ausgelegt werden. Burbank legte 20 000 Kerne in feuchten Sand und deckte sie mit Tüchern zu, um Feuchtigkeit und gleichmäßige Temperatur zu bewahren. Sobald sie aufgegangen waren, wurden den jungen Pflanzen Triebe von Pflanzensamen aufgesetzt und in wenig mehr als einem Jahre konnten 19 025 von ihnen zur Verpflanzung fertig abgeliefert werden. 1876 gelangte die Burbank-Kartoffel oder „Patata“ zur Einführung, die nach einer Aufstellung des landwirtschaftlichen Departements in Washington einen jähr-

hängenden Maschinistenhäuschen. Einen Bogen kreist der Schlepper um das Kohlenstift, das maffig, wartend seiner Entleerung an den Heber sich drängt. Ping, ping, Maschinenzischen, rückwärts wühlend, brummt die Schraube, der Schiffsjunge springt aus, wirft die Laufschlinge um die Krampen, widerwärtig folgt der Dampfer der Fessel, legt sich an den Ponton des Hebers. Die abgelöste Schicht springt hinein, die neu kommende auf den Heber.

„Alles in Schuß?“

„Ja —“

Los das Tau, die Schraube beginnt zu arbeiten, das Steueruder drückt den Dampfer zum Wenden: holwärts. Dem Bug entgegen blinken wieder Hasen- und Schiffslaternen, das rote und das grüne Auge des Schleppers winkt dem Landungsponon zu: Wir kommen. Lang dünkt die Fahrt, trotzdem die Maschine zu arbeiten scheint wie ein Renner im Endspurt. Dichter und dichter weben Funkenflug und Rauch den Baldachin, bis schließlich die Landungsbrücken knirs auf dem Dunkel tauchen.

Bis schließlich die Schraube, wieder rückwärts drehend, brummt, das Steueruder den Schlepper an den Ponton drückt. Der Schiffsjunge springt mit dem Tau heraus, legt den Dampfer fest, in eiligem Bewimmel drängen die Abgelösten dem Lande zu. Wo die Landungsbrücke zum festen Land hinüberföhrt, eine Gruppe grüner Volksgel, Zollbeamte dazwischen, wie absichtslos. Wo aber ein Rudersack, ein Brotbeutel ihnen merkwürdig prall vorkommt, tasten und untersuchen sie. Unterdrücktes Fluchen, kurze Fragen, ebensolche Antworten. Die nicht Aufgehaltenen schreiten rüstig aus, zur Straßenbahn, zur Hochbahn.

Hinein in die Stadt, deren Hafenviertel lebt im grellen oder schwärzlichen Licht der Hafenturme, in den Mühlkammern, die aus den geöffneten Türen lodend über die Straße schwirren, im Gesang und Gelächter ausspannender Seeleute, im ruhigen, bedächtigen Portouillenschritt nachtsichtiger Schuhleute.

Lotteriegewinn. Die Misere unserer Geldentwertung kommt auch in den Lotterielöplänen der deutschen Klassenlotterien zum Ausdruck. Einstmals waren 500 000 Mark der Hauptgewinn; aber um solcher „Reinigkeiten“ wegen würden in Deutschland heute nur wenige ein Los kaufen, und daher werden sowohl die Einsätze wie die Gewinne von Lotterie zu Lotterie erhöht. In der Preussischen Lotterie kann man das nächstemal schon 100 Millionen Papiermark einheimen, was zwar ein ganzer Mund voll, an wirklichem Wert aber trotz der vielen Russen nur wenig ist. Da eine Million Papiermark, am Kurse der wertvollen Währungen gemessen, gegenwärtig gerade 50 Goldmark sind, so gewinnt der Glückliche, der in 6 Monaten den Haupttreffer von 100 Millionen Mark macht, in Wahrheit nur 5000 Goldmark, wobei immer noch vorausgesetzt werden müßte, daß die Papiermark bis dahin ihren gegenwärtigen „Wert“ beibehält. Und da sich beim glücklichen Gewinner des Haupttreffers alsbald als Gratulant wohl auch der Steuerfiskus einstellen dürfte, um ihm einen beträchtlichen Teil des Gewinns in Gestalt von Vermögens-

Ein Justizskandal.

Es ist schlimm, daß in Deutschland immer wieder von Justizskandalen geredet werden muß. Hier ist ein neuer oder eigentlich schon alter.

Es handelt sich um das Disziplinarverfahren gegen Eisenbahner, die im Februar 1922, vor 17 Monaten, gestreikt haben und gegen die immer noch das Disziplinarverfahren „schwebt“. Es sind darunter Eisenbahner, die im Ruhrgebiet die ganze Last der französischen Zwangsbesetzung auszuhalten haben, aber dabei gewärtig sein müssen, auf disziplinarischem Wege entlassen zu werden. Es ist ein himmelschreiender Skandal, daß diese Disziplinarverfahren noch nicht niedergeschlagen sind. Und nun das Disziplinarverfahren bei den Disziplinarämtern! Es zeigte sich, daß die Praxis sich so auswirkte, daß die doppelt und dreifach gestrichenen monarchistischen Disziplinarrichter die sozialdemokratischen Beamten „ablehnten“, nicht weil man ihnen irgendwelche Vergehen nachwies, sondern weil sie glaubten, das Streikrecht zu haben. Führend war hierin die Potsdamer Disziplinar-Kammer unter dem Vorsitz des durch und durch deutschnationalen Landgerichtspräsidenten Wimmer, für den zur Beurteilung jedes Angeklagten die Bejahung seiner Suggestivfrage genügt, daß er glaubte, das Streikrecht zu haben. „Vorwärts“, „Freiheit“ und „Freier Beamter“ haben seinerzeit an der Hand einzelner Fälle diese Praxis des Herrn Wimmer eingehend nachgewiesen.

Nach dem Rathenau-Mord löste man diese staatsgefährlichen Kammern auf und versuchte, sie mit republikanisch angehauchten Personen neu zu besetzen. Ein Beweis für die monarchistische Mentalität unserer auf die Republik vereidigten höheren Beamten war und ist es, daß es bis heute nicht gelungen ist, die Kammern neu zu bilden. Auch hier tut sich die Potsdamer Richterschaft wieder hervor. Solange Wimmer dort Landgerichtspräsident ist, findet sich kein Richter, der bereit ist, der neuen Kammer anzugehören. Der Schlüssel für dieses Verhalten liegt nicht zuletzt darin, daß Herr Wimmer die Personalakten der Potsdamer Richter führt und kein Richter es daher wagt, einer neuen Kammer, die ohne ihn gebildet werden muß, anzugehören.

Deshalb können seit der Auflösung der Kammern keine Termine zur Erledigung der schwebenden Sachen angelegt werden. Deshalb auch beziehen die mit der Einleitung des Disziplinarverfahrens „beehrieten“ Beamten seit nunmehr 17 Monaten keinerlei Gehalt, da die Verwaltung zu alledem vollkommen gefehlwidrig sich weigert, denselben die Hälfte ihres Dienstverdienstes zu zahlen.

Wie lange soll dieser Skandal noch andauern? Der Vorsitzende des Disziplinarhofes in Leipzig, Reichsgerichtspräsident Simons, begründet fast jedes Berufsungs-urteil mit der Feststellung, daß die Republik eigentlich wichtigeres zu tun hätte, als sich mit diesen ganz aussichtslosen Sachen zu beschäftigen. In diesem Sinne spricht er sich ja auch in seinem bekanntem Briefe vom 13. Februar d. J. an Herrn Grüner aus. Dieser selbst hat mehrfach, im Kabinett wie im Reichstage, versprochen, die schwebenden Sachen mit der größten Mühe und Schnelligkeit erledigen zu lassen. Er tut das, da er weiß, daß infolge der Nichtbildung der Kammern diese Verfahren in der ersten Instanz nicht erledigt werden können. In Berlin und Potsdam schweben Fälle, die in den inzwischen verfloßenen 17 Monaten noch nicht einmal verhandelt wurden. Es ist nachgerade Zeit, diesem offensiblen Justizskandal, der eine Sabotierung des republikanischen Gedankens in der Beamenschaft bezweckt, endlich einmal ein Ende zu machen.

Arbeit des Markuntersuchungsausschusses.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages zur Prüfung der Vorgänge beim Zusammenbruch der Stützungsaktion für die Mark hielt am Montag eine interne Sitzung ab, in der das weitere Vorgehen beraten wurde. Der Ausschuss beschloß, in einer internen Sitzung am Mittwoch zur Frage der Handelsbilanz Vertreter des statistischen Reichsamtes und zur Frage der Devisen-

lichen Mehrertrag für die amerikanische Landwirtschaft in Höhe von 17 Millionen Dollar ergibt. Allerdings blieben die Experimente Burbanks nicht ohne ihre bisweilen komischen Rückschlüsse. So hatte er einmal eine Walmusart mit einer papierdünnen Schale gezüchtet, die leicht zwischen den Fingern zerbrochen werden konnte; aber die Vögel bekamen bald heraus, daß ihnen die gute Frucht zugänglich war, und strafen den neu gezüchteten Baum leer, so daß dieser zurückerzogen werden mußte.

Ein Jubiläum der deutschen Bibliographie. Die Halbjahresverzeichnisse der Neuerscheinungen auf dem deutschen Büchermarkt, die bis 1916 von dem Hinrichschen Verlag und seitdem vom Buchhändler-Börsenverein in Leipzig herausgegeben werden, sind die Grundlage der deutschen Bibliographie. Im Börsenblatt für den deutschen Buchhandel erinnert Ludwig Schoenrod daran, daß 125 Jahre vergangen sind, seit 1798 der erste Hinrichsche Katalog erschien. Bis zum Jahre 1819 erfolgte die Titelaufnahme auch ohne wirkliche Einbindung der Neuigkeiten, seitdem aber wurde die Vorlage eines Exemplars unbedingt gefordert und damit erst die deutsche Bibliographie auf eine sichere Grundlage gestellt. Im Jahre 1800 verzeichnete die in dem Jahre neu erschienenen Bücher mit 2504 Titeln, während es 1922 35.859 Titel waren. Die Zunahme der Büchererzeugung wird durch folgende Ziffern beleuchtet: 1810: 2355, 1820: 3630, 1830: 7234, 1840: 9101, 1870: 10.053, 1880: 14.941, 1890: 18.875, 1900: 24.792, 1910: 31.281, 1920: 32.354. Der neueste Halbjahreskatalog, der die zweite Hälfte von 1922 umfaßt, verzeichnet 17.527 Titel, davon 16.503 Bücher und 1024 Zeitschriften. So schreitet die Registrierung der deutschen Büchererzeugnisse rüstig fort und stellt in den bis jetzt vollendeten 250 Bänden eine Leistung dar, die für das deutsche Schrifttum und Geistesleben von hohem Wert ist.

Ein armenisches Zentralmuseum. Die so schwer heimgegriffene Bevölkerung Armeniens kann sich jetzt, wo sie ein ruhiges politisches Leben führt, der Pflege der großen Vergangenheit zuwenden. Ein Zeichen dafür wird u. a. die Errichtung eines staatlichen armenischen Zentralmuseums in Erivan sein. Wie nach einem Bericht des deutschen Generalkonsuls in Tiflis in der „Kunstchronik“ mitgeteilt wird, soll das bereits vorhandene Museum zu einem Sammel- und Mittelpunkt der armenischen Kunst und Kultur ausgebaut werden. In verschiedenen Gebieten des Landes werden jetzt Ausgrabungen und Forschungen vorgenommen, die das Museum um eine neue Abteilung bereichern sollen. Nicht nur die aus Armenien selbst stammenden Schätze werden hier vereinigt, sondern es gelangt hierher auch das ganze Material aus dem Gebiete der durch den Sowjetbund zusammengebrochenen Völkern, das auf die Vergangenheit des armenischen Volkes Bezug hat. So sind in letzter Zeit 140 Kisten aus Moskau zur Aufstellung eingetroffen.

Die Kommuna der Abgüsse nach Berlin anstark Kunst in der Unterstadt, Ginnung Dorobitschna, ist zur Zeit jeden Donnerstags, nachm. 4 bis 7 Uhr (fast wie bisher normallage), allgemein zugänglich.

Zu der Großen Volkshalle gollert Kommerzienrat Charles Cahier am Freitag als „Mancina“.

Das internationale Kommerzienfest in Salzburg findet nun doch, und zwar vom 2. bis 7. August, statt.

beschaffung für die Eisenbahn Vertreter des Reichsverkehrsministeriums zu hören. Am Montag, den 18. Juni, soll eine öffentliche Sitzung stattfinden. Geheimrat Gleimius, der Leiter der Devisenprüfungsstelle und der Börsenkommissar Dippert sollen über die Vorgänge vor und am 18. April vernommen werden. Am folgenden Tage soll die Vernehmung erfolgen zu demselben Gegenstand von Direktor Wassermann (Deutsche Bank), Melchior (Hamburg) sowie der Herren Bernhard („Voss. Zig.“), Pinner („Berliner Tageblatt“) und Deser („Frankfurter Zig.“). Es herrscht Uebereinstimmung im Ausschuss, daß die Vernehmung aller Zeugen unter Eid erfolgen soll.

Sabotageakte „verbrecherischer Leichtsinns“.

Eine Warnung bayerischer Behörden.

Die bayerische Kreisregierung für die Pfalz in Speyer veröffentlicht folgende Warnung:

„Die Regierung der Pfalz sieht sich veranlaßt, aufs neue von Anschlägen auf die Eisenbahnanlagen dringend zu warnen. Wenn die Täter derartiger Handlungen vom vaterländischen Gesichtspunkte aus zu handeln vermeinen, so zeugt dies von einer unbegreiflichen Kurzsichtigkeit und entschuldigt nicht den verbrecherischen Leichtsinns. Mit jenen Handlungen wird gar nichts erreicht, was dem Vaterland irgendwie nützen könnte. Also Besonnenheit und Ueberlegung!“

Diese Warnung steht im scharfen Gegensatz zu der Schreibweise nicht nur der deutschpöhlischen und deutschnationalen Presse, die derartige Akte als Heldentaten feiert. Sie beweist, daß sich in der Praxis eine derartige Ideologie nicht aufrechterhalten läßt. Für diejenigen, die auch den Fall Schlageter für ihre Hege gegen den preussischen Innenminister mißbraucht haben, ist die bayerische Warnung eine glatte Abfuhr.

Lohnregelung im Bergbau.

Bei den Lohnverhandlungen im Bergbau, die gestern im Reichsarbeitsministerium stattfanden, hat ein Schiedsgericht unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Jarres-Duisburg für die westlichen Kohlenreviere einen Schiedsspruch dahin gefällt, daß die Löhne einschließlich der sozialen Zulagen, die darin einbezogen sind, je Schicht ab 15. Juni um durchschnittlich 15.000 Mark erhöht werden. Für das ober-schlesische und für das nieder-schlesische Steinkohlenrevier kam auf der Grundlage dieses Schiedspruchs eine Einigung der Parteien dahin zustande, daß die Löhne in Oberschlesien in voller Höhe des Satzes für das Ruhrrevier, die für das nieder-schlesische Revier mit einer durchschnittlichen Erhöhung von 13.500 Mark je Schicht vereinbart wurden. Für die übrigen Reviere waren Schlichtungsverhandlungen am Abend noch im Gange.

Der ober-schlesische Streik.

Breslau, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die gewerkschaftlichen Vertretungen des ober-schlesischen Industriegebietes haben aus Anlaß der kommunistischen und unionistischen Agitation an die Arbeiterschaft einen Aufruf gerichtet, in dem sie ihre Mitglieder auffordern, im eigenen und im Interesse ihrer notleidenden Familien bei der Arbeit zu verbleiben. Nach dem Verlauf des Montagnachmittags zu schließen, dürfte dieser Aufruf seine Wirkung nicht verfehlen. Die arbeitswilligen Elemente haben zum Teil versucht, sich mit Gewalt Einlass in die Betriebe zu verschaffen. Auf die kommunistischen und unionistischen Agitatoren hat dieses Verhalten gewirkt. In amtlichen Kreisen glaubt man, daß der Streik bereits abflaut.

Der Umsturz in Bulgarien.

Sofia, 11. Juni. (W.T.B.) Die der „Königlichen Zeitung“ aus Belgrad gemeldet wird, ist die bulgarische Grenze gegen Südserbien seit gestern früh gesperrt. Auf der bulgarischen Grenzstation Dragoman werden alle Reisenden von revolutionären Offizieren aufs strengste kontrolliert. Seit dem Umsturz ist gestern früh der erste Eisenbahnzug auf der Grenzstation Jaribrod angekommen. Wie nachträglich bekannt wird, sind während des Umsturzes am Sonnabend 80 Gendarmen und fünf Polizeibeamte getötet worden.

Das neue bulgarische Kabinett.

Der neue bulgarische Ministerpräsident, Professor Alexander Zankow, ist einer der populärsten Persönlichkeiten in Bulgarien. Nach der Absolvierung des Gymnasiums in Binz besuchte er die Universität in Sofia. Als Stipendiant der Universität in Sofia kam er nach Deutschland und war in Breslau, Berlin und München Schüler der hervorragendsten deutschen Staatslehrer. Nach seiner Rückkehr übernahm er den Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Universität Sofia und wurde im Jahre 1920 zum Rektor der Universität gewählt. Als Leiter der Fürsorgedirektion hat er während des Krieges die Volksernährung organisiert. Um der Tyrannei der jetzt gestürzten Regierung Stamboliski entgegenzuwirken, hat er eine parteilose politische Gruppe unter dem Namen „Kardow Sgowor“ um sich gesammelt. Im Organ dieser Gruppe „Slowo“ übte er scharfe Kritik an der Diktatur Stamboliskis.

Im neuen Kabinett übernimmt Professor Zankow die Portefeuille des Außen- und Kriegeministeriums. Andere Mitglieder des Kabinetts sind: Finanzminister: Peter Todoroff (Radikal); Verkehrsminister: Dimo Kasafow (Sozialdemokrat); Minister des Innern: Ruffeff (parteilos); Wohlfahrtsminister: Janko Steljenkoff (Demokrat); Handelsminister: Jowanko Waboschewski (Volkspartei); Justizminister: Bojan Smiloff (Nationalliberal); Ackerbauminister: Professor Janko Woloff (Sozialdemokrat).

Die deutsch-polnischen Beziehungen.

Der neue polnische Außenminister Seyda hat dieser Tage über das Verhältnis Polens zu Rußland und Deutschland im Senatsausschuss eine Rede gehalten, die in der polnischen Presse lebhaft kommentiert wird. Das Zentralorgan der Sozialistischen Partei Polens, „Kobornik“, schreibt darüber:

„In der Rede Seydas spiegelt sich der Gedankengang eines Russophoben wider, der weder Rußlands Zusammenbruch auf dem Schlachtfeld noch seine innere Revolution als Faktoren betrachtet, die zur Errichtung des selbständigen Polens beigetragen haben. Herr Seyda schweigt einfach darüber und glaubt nur in dem Niederbruch Deutschlands den „Grundstein unserer Vereinigung und Unabhängigkeit“ zu sehen.“

Und dann verkündet Seyda in Uebereinstimmung mit der nationaldemokratischen Doktrin die Notwendigkeit eines nationalen Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen. Er spricht es nicht direkt aus, aber dies ist der Inhalt seiner Beweisführungen. Während er gegenüber den „Stillsichern“ mit aller Energie und mit Recht „die klaren und entschiedenen friedlichen Absichten“ der polnischen Regierung unterstreicht, tut er das nicht hinsichtlich unseres deutschen Nachbarn. Deshalb ist das auch keine echte und konsequente Friedenspolitik. Diese erheischt, daß sowohl gegenüber Deutschland wie Rußland unsere berechtigten Interessen verteidigt werden, daß aber alles unterlassen wird, was zur Vereinigung beiträgt. Es gilt, einer Verständigung zuzustreben, nicht aber

einer systematischen Verhegung. Herr Seyda aber spricht verführend nur zu dem Osten, während er gegen unseren westlichen Nachbarn ein ganz anderes Maß anwendet. Wie sich Herr Seyda die weiteren polnisch-deutschen Beziehungen vorstellt, sagt er nicht. Das sind aber Dinge, die zu erwägen man alle Ursache hat, und wäre es auch nur aus Rücksicht auf unsere wirtschaftlichen Beziehungen.

Dieses klare, unzweideutige Bekenntnis des führenden Organs der Sozialistischen Partei Polens zu einer Politik konsequenter Verständigung mit Deutschland wird sicherlich auf die polnische Öffentlichkeit ihren Eindruck nicht verfehlen.

Pilsudskis Rücktritt.

Warschau, 11. Juni. (D.C.) Der Staatspräsident hat die Demission Pilsudskis vom Posten des Stabschefs der polnischen Armee angenommen und zu seinem Nachfolger den General Stanislaw Haller ernannt. Der neue Stabschef, der mit dem „politischen“ General und gegenwärtigen Sejmabgeordneten Josef Haller nicht zu verwechseln ist, hat denselben Posten bereits in den Jahren 1919/20 bekleidet und im polnisch-russischen Kriege von 1920 einen höheren Kommandoposten erfolgreich versehen. Seine Ernennung traf ihn in Frankreich, wo er zu Studienzwecken weilte.

Note Tschitscherins an die Schweiz.

Bern, 11. Juni. (T.L.) Tschitscherin hat in der Angelegenheit der Ermordung Borowskis eine neue Note an den Schweizer Bundesrat gerichtet, in dem er den Standpunkt der Schweiz zurückweist und sie nochmals moralisch für den Mord verantwortlich macht. Er beharrt auf den in seiner Note verlangten Entschädigungen und macht darauf aufmerksam, daß die Haltung der Schweizer Behörden schwere Folgen nach sich ziehen könne. Der Bundesrat hat heute beschloßen, auf diese Note wegen ihres beleidigenden Inhalts nicht zu antworten.

Soziale Neuordnung im Bergbau

Die Unternehmer kündigen Kohlenpreiserhöhungen an!

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstags-Sitzung stand zunächst die zweite Beratung des Reichsknappschaffsgesetzes.

Arbeitsminister Dr. Brauns: Der Entwurf soll eine tragfähige Grundlage schaffen für eine einheitliche sozialpolitische Versicherung aller Arbeitnehmer im Bergbau. Die Sonderstellung des Bergbaues entspricht seiner wirtschaftlichen Bedeutung. Die gefährliche Arbeit des Bergmanns ist eine Hauptstütze unserer Volkswirtschaft, und daher ist der Anspruch des Bergmanns auf ausreichende Fürsorge berechtigt. Im Endergebnis kommt diese Versicherung trotz der sozialen Belastung für den Bergarbeiter doch wieder der gesamten Volkswirtschaft und dem Bergbau zugute. Die neue Fassung des Entwurfs beruht auf einer Verständigung der Parteien im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags. Mit den Veränderungen durch den Ausschuss ist die Reichsregierung im allgemeinen einverstanden. Die Reichsregierung freut sich mit dem deutschen Volke, daß der von mir persönlich seit Jahrzehnten befeuerte Wunsch der Bergleute, ein Reichsknappschaffsgesetz zu erhalten, nunmehr endlich seine Erfüllung erhalten soll. (Beifall.)

Abg. Janshel (Soz.): Die Bergarbeiter haben ihre Versicherung aus eigenen Kräften geschaffen. Wir haben in den einzelnen Bundesländern wiederholt versucht, Verbesserungen zu schaffen, aber durch die Entwicklung verloren die Arbeiter sogar wohlverdienende Rechte, sie verloren die Anwartschaft beim Ortswechsel. Zurzeit herrscht im Knappschaffswesen große Zersplitterung, worunter die Krankenversicherung sehr zu leiden hat. In den Ausschussbeschlüssen vermischen wir eine obligatorische Vorschrift darüber, daß in jedem Bezirk eine besondere Krankenkasse

bestehen muß. Die Vorschriften über die Pensionen sind erheblich verbessert worden, die Aufnahme ist erleichtert. Wer zur Grubenarbeit zugelassen ist, hat nunmehr unter allen Umständen ein Recht, in die Pensionenkasse aufgenommen zu werden. Der Ausschussbeschluss, monach der Pensionsanspruch nach 25jähriger Tätigkeit im Bergbau bedingungslos erworben ist, entspricht einer alten Forderung der Bergarbeiter. Die harte Arbeit unter Tage rechtfertigt diesen Anspruch. Die Einschränkung, daß das fünfzigste Lebensjahr zurückgelegt sein muß, ist gegen unseren Willen angenommen worden. Bei der Wahl der Knappschaffskassen muß das System der Verhältniswahl streng durchgeführt werden. Das Knappschaffsgesetz ist nur ein Teil des Reichsberggesetzes, dessen Erledigung nicht länger verschoben werden darf. Wir haben ein Reich, eine Republik, aber eine Menge verschiedener Berggesetze. Möge die Republik durch ein einheitliches Berggesetz bald eine Kräftigung erfahren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Imbusch (Z.): Ich unterstütze den Wunsch des Vorredners nach Schaffung eines einheitlichen Bergrechts. Der vorliegende Entwurf liefert endlich das erforderliche Rahmengesetz, das aber auch Richtlinien für die Einzelheiten, namentlich für die Leistungen der Versicherung, enthält. Den Knappschaffskassen muß die Flexibilität gegeben werden, das angefallene Geld wertvoll zu belegen, damit nicht wieder wie bisher Verluste eintreten können. Die Wertfrage hat im Entwurf leider nicht mitgelöst werden können, sie bleibt besonderer Regelung vorbehalten, die allerdings dringend erforderlich ist.

Abg. Wunnefeld (D. Sp.): Es ist zu begrüßen, daß alle im Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer in die Versicherung einbezogen sind. Das Schmerzenskind der Vorlage war im Ausschuss der § 20, der über das Eintreten der Altersinvalidität mit 50 Jahren entscheidet, wenn keine andere gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichtet wird. Die Regierung hat uns im Ausschuss über die Auslegung der gleichwertigen Lohnarbeit beruhigende Erklärungen abgegeben. Der Ausschuss war darin einig, daß die Invalidenpension und die Teuerungszulagen zusammen bei fünfundsiebenzigjähriger Dienstzeit mindestens 40 Prozent des Durchschnittslohnes betragen müssen. Eine Erhöhung auf 50 Prozent wäre wünschenswert gewesen, aber die 40 Prozent bedeuten immerhin einen großen Fortschritt. Auch in bezug auf das Umlageverfahren kann man den Ausschussbeschlüssen zustimmen.

Dieses Gesetz wird nicht ohne Einfluß auf die Kohlenpreise bleiben, aber die Allgemeinheit muß zur Sicherung der Bergarbeiter beitragen.

Meine Freunde erklären, daß sie trotz mancher Bedenken für dieses Gesetz stimmen werden. Wir wollen die Bergarbeiter in ihrem Abwehrkampf an der Ruhr unterstützen. (Beifall rechts.)

Abg. Flegler (Dem.): Wir billigen die Bedingungen, unter denen allein besondere Krankenkassen errichtet werden können. Die Einführung der Selbstverwaltung ist ein wesentlicher Fortschritt. Auch in den anderen Zweigen der Sozialversicherung sollte die Selbstverwaltung noch weiter ausgebaut werden. Die Verhältniswahl der Knappschaffskassen wird mancherlei Schwierigkeiten bringen, aber man wird ihrer gewiß Herr werden. Die Wählbarkeit der Invaliden ist ein Fortschritt, ebenso die Vertretbarkeit durch Sachverständige, auch, wenn diese nicht mehr im Bergbau tätig sind. Ohne die Mitwirkung der Organisationen der Arbeitnehmer ist heute die Erhaltung des Staates unmöglich. Dann müssen diese Organisationen auch bei der Verfeinerung eine entscheidende Mitwirkung haben. (Beifall bei den Dem.)

Nachdem Abg. Schwarz (D. Sp.) dem Gesetz zugestimmt hat, wird die weitere Beratung auf Dienstag 2 Uhr vertagt. Schluß 6 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Immer schimpfen.

Seit Monaten wird in der Gewerkschaftspresse die Frage einer wertbefähigten Lohnregelung diskutiert. Auch der „Vorwärts“ hat in mehreren Artikeln diese Frage behandelt. Das ist selbstverständlich Grund genug für die „Rote Fahne“, darüber herzugehen. Diese Leute benehmen sich in Wirtschaftsfragen wie das Kalb im Porzellanladen. Sie haben die russische Wirtschaft in Grund und Boden ruiniert, und da sie selbst unfähig sind, sie wieder aufzubauen, rufen sie die Kapitalisten zu Hilfe. Sie fordern „Kontrollausschüsse“, die, wo sie in Funktion traten, wie in einzelnen Orten des Ruhrgebiets, nur erreicht haben, daß die zahlungsfähigen Leute sich zu herabgesetzten Preisen einkaufen konnten, die anderen aber das Nachsehen hatten, um so mehr, als die Händler natürlich es ablehnten, neue Ware zu bestellen, die sie mit Verlust verkaufen hätten müssen.

Run veröffentlicht die „Rote Fahne“ vom Sonntag auf der ersten Seite unter großer Aufmachung „zehn Forderungen der Solinger Betriebsräte“. Da steht als erster Punkt: „Anpassung der Löhne und Gehälter an die Teuerung, Festlegung der Lohn- und Gehaltseinkommen nach einem von den Gewerkschaften festgestellten Teuerungsindeks“. Was also zwei Tage vorher Schwindel und Volksbeugung war, weil es vom „Vorwärts“ und von den „reformistischen Gewerkschaftsführern“ empfohlen wurde, ist plötzlich eine „Forderung des Proletariats“. Der Unterschied besteht freilich darin, daß die den reformistischen Gewerkschaftsführern und dem „Vorwärts“ nachhinkenden kommunistischen Betriebsräte sogenannte Indersöhne fordern, die selbst von den christlichen Gewerkschaften abgelehnt werden.

Seeleutenstreik in der Großschiffahrt.

Der Deutsche Verkehrsverband schreibt uns: Die „Rote Fahne“ behauptet in ihrer Nr. 131, daß der von den Kommunisten eingefädelt wurde Streik ein Streik der Seeleute sei. Die „Rote Fahne“ erzählt, daß von 32 600 organisierten Seeleuten 23 600 im kommunistischen Schiffsahrtsbund organisiert seien. In der deutschen Handelschiffahrt sind gegenwärtig 40 000 Seeleute tätig. Hierzu gehören Kapitäne, nautische und technische Schiffs-offiziere, Verwaltungs-, Bedienungs-, Deck- und Verpflegungspersonal. Als Tarifverbände kommen acht in Frage. Hierzu gehört der kommunistische Schiffsahrtsbund nicht. Von diesen acht Verbänden sind 31 000 Seeleute organisiert. Da von den restlichen 9000 ein großer Teil unorganisiert sind, kann man sich vorstellen, daß die von der „Roten Fahne“ angegebenen kommunistisch organisierten Seeleute Rebellgebilde sind. Von den 31 000 sind im Deutschen Verkehrsverband 13 200 organisiert.

Der Streik ist seitens der Kommunisten inszeniert, in einer Art, die an sich schon zu denken gibt. Es sind seitens des kommunistischen Schiffsahrtsbundes öffentliche Versammlungen abgehalten worden, zu denen alles Mögliche, aber nur wenige Seeleute, Zutritt fanden. Der Schiffsahrtsbund weiß eben sehr genau, wenn er Mitglieder- versammlungen einberuft, daß er keine Zuhörer hat. Deshalb das Einberufen öffentlicher Versammlungen.

Was die Behauptung betrifft, daß in einigen Hafenorten auch Mitglieder- versammlungen des Deutschen Verkehrsverbandes den Streik beschloßen haben, liegen die Dinge so, daß die von der „Roten Fahne“ angegebenen Hafenorte über das am 4. Juni abgeschlossene Raita- abkommen abzustimmen hatten. Dieses sah eine Erhöhung aller geüblichen Bezüge um 75 Proz. vor. Nur über dieses Abkommen wurde abgestimmt. Da aber die übrigen Seehafenorte für das Abkommen sich entschieden, hat die Abstimmung über das Abkommen seitens der erwähnten Hafenorte keinen Einfluß. Somit wurde der Streik durch die Gesamt- abstimmung abgelehnt.

Der kommunistische Schiffsahrtsbund hat diese Aktion unternommen, um nicht vollständig von den Seeleuten unbeachtet gelassen zu werden. Der Streik wird geführt um Einführung des Goldlohnes und Beseitigung der Seemanns- ordnung. Das letzte sollte doch eigentlich von den Kommunisten als erledigt zu betrachten sein, nachdem sie diese mit recht viel Tam- tam auf dem Hamburger Rathausmarkt im Februar 1919 feierlich verbrannt haben. Die Kommunisten haben die Arbeit, ein besseres Gesetz zu erlassen, dem Deutschen Verkehrsverbande und den übrigen Tarifverbänden überlassen. Diese haben einen Entwurf ausgearbeitet und der Realisierung unterbreitet. Jedoch zu solcher praktischen Arbeit ist der Schiffsahrtsbund nicht zu haben.

Weiter soll mitgeteilt werden, daß der Streik in der Hoch- seeffischerseits seitens des Verkehrsverbandes, des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer und des Bundes deutscher Rautler geführt wird. Diese Sorte Reeder denkt einen Lohnabbau von 20 bzw. 10 Proz. vorzunehmen. Auch hier haben sich die Kommunisten um nichts gekümmert. — Der von den Kom- munisten inszenierte Streik wird, wie überall, auch hier bald ver- sagen sein.

Sinnischer Gewerkschaftskongress.

(OSB) Ende Mai fand in Helsingfors der 6. ordentliche Kon- gress des finnischen Gewerkschaftsbundes statt. Von den 77 an- wesenden Delegierten waren 20 Sozialdemokraten, 10 Vertreter der Rest Kommunisten. Die Gewerkschaften Dänemarks, Schwedens, Norwegens und der Tschechoslowakei waren gleichfalls vertreten. Aus dem abgelegten Bericht ging hervor, daß es den Gewerkschaften ge- lückt ist, die Löhne auf das Niveau des Preisindex zu bringen. Die Mitgliederzahl betrug im 1. Vierteljahr 1923 49 051. Die zur Beratung stehenden Hauptfragen waren: die internationalen Be- ziehungen, die Stellung zu den politischen Parteien und die Organi- sationsform. Zur Frage der internationalen Beziehungen wurde be- schlossen, auch weiterhin die Unabhängigkeit zu bewahren, sich also weder Amsterdam noch Moskau anzuschließen. Diese

Stellungnahme ermöglicht die Aufrechterhaltung der Zusammen- arbeit mit den skandinavischen Gewerkschaften. In bezug auf das Verhältnis zur Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei wurde ein Beschluß gefaßt, der die formelle Neutralität her- stellt, die lokalen Verwaltungsstellen aber berechtigt, sich einer der beiden politischen Parteien anzuschließen unter Wahrung der Frei- heit des einzelnen Mitgliedes. In der Organisationsfrage sprach der Kongress sich für die Industrieverbandsform aus. Der vorliegende Entwurf wurde aber wegen seiner Unzulänglichkeit an die Kom- mission zurückverwiesen, was tatsächlich eine Verschiebung der Frage bis zum nächsten Kongress bedeutet.

Zum Vorstehenden wurde der wegen Hochverrats in Haft gehaltene Genosse Matti Väisänen wiedergewählt.

Die kanadischen Gewerkschaften.

Nach einem soeben veröffentlichten Bericht zählte Ende des Jahres 1922 sämtliche Gewerkschaften Kanadas 276 521 Mitglieder. Das Stärkeverhältnis der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen ist wie folgt: 92 Internationale Gewerkschaftsverbände mit 206 150 oder 74 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder, 18 Nichtinternationale Ge- werkschaften mit 22 973, 25 Unabhängige Gewerkschaften mit 9063 und 106 Nationale und Katholische Gewerkschaften mit 38 335 Mit- gliedern. „International“ bedeutet hier, daß diese Organisationen mit den Gewerkschaften der Vereinigten Staaten zusammengeschlossen sind.

Die Lohnbewegung der Sägewerksarbeiter für Groß-Berlin ist durch die Urabstimmung in den Betrieben dadurch erleichtert, daß mit großer Mehrheit das Ergebnis der letzten Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband Brandenburgischer Sägewerke am Freitag, den 8. Juni 1923, abgeschlossen wurde. — Lohnabkommen sind im Bureau des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Rungestr. 20, und im Bureau des Deutschen Verleberbundes, Engelstr. 24/25, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Der amerikanische Bäcker- und Konditoreiverband beschloß den Beitritt an die Internationale Union der Lebensmittelarbeiter. Durch den Anschluß ist der Internationale ein bedeutender Wachstumswachstum entstanden. Der Verband zählt 55 000 Mitglieder und steht, wie die übrigen Berufsorganisationen der Bäcker und Konditoren auf dem Boden des gesetzlichen Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien.

Sozialgesetzgebung in der Tschechoslowakei. Ende April hat die Kommission, welche vom Minister für soziale Fürsorge mit der Aus- arbeitung eines Entwurfs über die Erweiterung der Sozialversiche- rung beauftragt wurde, ihre Arbeit beendet. Durch das neue Gesetz wird die Invalidenversicherung geregelt und die Altersversicherung sowie die Witwen- und Waisensicherung eingeführt. Die Ver- sicherungsversicherung wird in das Gesetz nicht aufgenommen und auch die Pensionsversicherung für die Angestellten bleibt außerhalb des Rahmens der neuen Sozialversicherung, wodurch die geplante Vereinheitlichung der Versicherung nur lückenhaft durchgeführt werden wird. Für die Sozialversicherung ist eine Verwaltung durch staatliche Organe vorgesehen, während die Gewerkschaften die Auto- nomie der Versicherungsanstalten fordern.

Wichtig, BSBP-Böckhauer! Am Mittwoch, den 13. Juni, abends 7 Uhr, im Arbeiterhaus, Gieselerstr., Versammlung aller BSBP- Böckhauer (Arbeiter und Angehörige). Wichtige Tagesordnung. Er- weiten aller Genossen ist Pflicht.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Mittwoch, den 13. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24, Sitzung der Vertretungsleute der reinen Buchbinder- und Buchdruckereien. Tages- ordnung: Bericht von den fortgeführten Verhandlungen.

Zentralverband der Angestellten, Deutscher Gewerkschaftsverband und Bund der technischen Angestellten und Beamten. Chemische Industrie: Mitglieder- versammlung Donnerstag, 14. Juni, abends 8 Uhr, Central-Hotel, Alte Jofefstr. 30-32.

Verbandstag der Kürschner.

In der letzten Woche tagte in Leipzig der 6. Verbandstag der Kürschner, dessen Hauptberatungsgegenstand die Verschmelzung mit dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband war. Nach dem Ge- schäftsbericht waren im Jahre 1922 12 445 Mitglieder vorhanden. In der Zeit von 1921 bis 1922 hat der Verband einen Zuwachs von 3821 Mitgliedern zu verzeichnen. Im Jahre 1922 Leuzungen die Einnahmen 13 952 696 M., denen eine Ausgabe von 6 031 851 M. gegenüberstand. Der Kasse verblieb ein Ueberschuß von 7 920 840 M. Das Verbandsvermögen betrug am 2. Juni d. J. 43 783 463 M. Wesentliche Ausstellungen an der Politik des Verbandsvor- standes wurden im Laufe der Debatte nicht gemacht. Der Ver- bandstag erklärte sich in einer gegen drei Stimmen angenommenen Entschließung mit der Tätigkeit des Verbandsvorstandes einver- standen. Ein von linksradikaler Seite eingetragener Antrag, der sich gegen die Schreibweise des Verbandsorgans richtete und die Einsetzung einer Redaktionskommission forderte, die die Artikel vor ihrer Drucklegung prüfen soll, wurde gegen drei Stimmen abgelehnt. Am dritten Tage beschäftigte sich der Verbandstag mit der Ver- schmelzungsfrage. Von den 27 Rednern, die zu diesem Thema sprachen, wandte sich nur einer gegen die Verschmelzung. Ein- stimmig angenommen wurde eine Entschließung, die sich prinzipiell für die Bildung von Industrieverbänden ausspricht und die Ver- schmelzung des Verbandes der Kürschner mit dem Beklei- dungsarbeiterverband zum Beschluß erhebt. Die Mit- glieder sollten durch Urabstimmung entscheiden, ob sie sich diesen Beschluß ihres Verbandstages zu eigen machen. Die Ent- scheidung ist mit einfacher Mehrheit zu fällen. Die Verschmelzung soll mit dem 1. Januar 1924 erfolgen. Die Statutendratung ergab die Annahme der vom Hauptvorstand eingebrachten Vorlage. Die jetzigen Vorstandsmitglieder bleiben bis zur Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband in Funktion.

Wirtschaft

Die Erdrosselung des Zeitungsgewerbes.

Unter der Ueberschrift „Papierpanama“ beschäftigt sich Genosse Farous in der „Globe“ mit den Verhältnissen der Papierindustrie, wie sie sich unter der Tätigkeit der in einem Prozeß kürzlich stark angefeindeten Außenhandelsstelle für das Papierfach herausgebildet haben. Die Papierfabriken konnten enorme Dividenden verteilen, haben nach dem Ausland unter denjenigen Preisen exportiert, wie sie sie im Inland von ihren Abnehmern gefordert und erhalten haben. Dabei gerät die deutsche Presse infolge der enormen Papierpreise in immer stärkere Abhängig- keit vom Privatkapital, dessen Tageszeitungen sich einer hohen Blüte erfreuen. Die Druckpreise waren schon im April gegen die Vorkriegspreise um das 5500fache erhöht. Die Papierpreise waren sogar auf das 10 000fache gestiegen, während die Böhm nur um das 2 000fache in die Höhe gegangen waren.

„Hand in Hand mit dieser mahnwürdigen Preiserhöhung geht eine ebensolche Qualitätsminderung. Die Mittelware wird ver- nachlässigt, dafür nur noch hochwertige Ware produziert und forciert. Wenig Arbeit und viel Profit! Der Erfolg: Arbeits- losigkeit. Während der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit im Reich 17 Proz. beträgt, beläuft er sich im graphischen Gewerbe auf 30 Proz. (einschließlich der aus dem Beruf Abgewanderten). Nachstehende Tabelle zeigt die Preisentwicklung besonders deutlich:

	Reichs- index	Dollar- kurs	Böhm im Buch- deutschland (laut Tarif)	Druckpreise (ohne Papier laut Tarif)	Papier- preise
1914	1	1	1	1	1
1922 April	34	65	21	81	60
Mai	88	70	26	40	75
Juni	41	80	81	51	80
Juli	54	190	38	71	140
August	78	200	45	115	210
September	133	350	70	185	400
Oktober	221	700	122	278	800
November	446	1500	227	488	1600
Dezember	685	1900	378	928	2000
1923 Januar	1 120	5 000	567	1 392	5 000
Februar	2 643	12 000	1 254	4 285	13 000
März	2 654	5 000	2 072	5 470	10 000

Die Zahlen sind der Leichtereren Uebersicht halber zurückgeführt auf den Stand vom Juli 1914, dergestalt, daß Preise, Löhne und Kurse am 1. Juli 1914 gleich 1 zu setzen sind. Die einzelnen Ziffern geben also den Koeffizienten im Vergleich zum Vorkriegs- stand wieder.

In dem gleichen Maße, in dem der Profit steigt, steigt die Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Berufsabwanderung. Unter dem Deckmantel der Qualitätsarbeit werden Tausende auf's Pfaster geworfen, durch Verelendung der Millionen Arbeit- nehmer soll diesen die Kraft zur Verteidigung der sozialen Gesetz- gebung, des Achtstundentages u. a. m. genommen werden. Es gäbe dabei ein einfaches Mittel gegen die Arbeitslosigkeit: Die Unter- nehmungen, die Arbeiterentlassungen vorgenommen haben, dürfen keine Dividenden ausschütten, ihre Direktoren und Leiter keine Lantienne beziehen, Agioerwinne sind dem Reservefonds zuzu- führen, die Ausgabe von Aktien unter Börsenkurs ist verboten.

Richt die Lohnentwicklung hat die Rot und das Elend in Tausenden von deutschen Familien hervorgerufen, sondern die unerträgliche Prostitution.“

Fast 13 Billionen Mark schwebende Reichsschulden ergibt die monatliche Uebersicht über die Finanzlage des Deutschen Reiches von Ende Mai d. J. 10,27 Billionen sind davon gegen diskontierte Schatzanweisungen ausgenommen. Unter den weiteren Posten be- finden sich 2056 Milliarden an Sicherheitsleistungen zur Reichs- getreideversorgung. Die Gesamtsumme der schwebenden Schulden der Reiches beziffert sich auf 13 001 Milliarden Mark.

Die Lage in der Metallindustrie erfährt nach dem Deutschen Metallarbeiterverband vorliegenden Berichten über 23352 Betriebe mit 1 987 940 Arbeitern in der Woche vom 20. bis 26. Mai eine leichte Besserung. Soweit Berichte vorliegen, ist die Besserung auf die Velebung des Auslandsgeschäftes zurückzuführen. Der Inlandsmarkt liegt nach wie vor still. In der Statistik des Beschäftigungsgrades zeigt sich das folgendermaßen: Gegen die Vorwoche stieg die Zahl der Vollarbeiter von 75,8 auf 77,7 v. H. Die Zahl der Kurzarbeiter sank von 19 v. H. auf 18,7 v. H., die Arbeitslosen sind dagegen von 6,2 auf 5,6 v. H. angewachsen. Der Bezirk Berlin zeigte eine geringe Abnahme der Vollarbeiter

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzu- tragen: 1 finnische Mark 2254.— Geld, 2266.— Brief; 100 öster- reichische Kronen (abgez.) 116,20 Geld, 116,80 Brief; 1 ungarische Krone 11,72 Geld, 11,78 Brief; 1 bulgarische Lira 897,50 Geld, 902,50 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 897,50 Geld, 902,50 Brief; eine polnische Mark kostete im freien Verkehr 1,10 M.

Wetter bis Mittwoch mittag. Köhler, anfangs noch unbeständig mit wiederholten, im Nordosten ergiebigen Regenschauern, bei frischen nord- westlichen Winden. Später vielmal heiter.

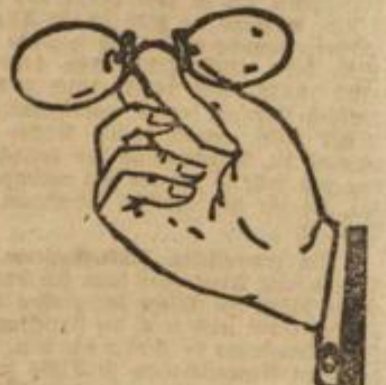
Verantwortlich für Politik: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Felix Gahrman, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Familien: K. G. Böcher, Berlin-Wilmersdorf; Lokales und Sonstiges: Willi Rebus, Berlin-Pankow; Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2. Dienstag 1. Blatt.

Ein Griff, und er sitzt,



der Ruhnkke-Fingerring, seit und richtig, ohne zu drücken, oder zu rutschen. Ehe Sie Ihren alten Rasierer umständlich mit beiden Händen zum eingemachten fassen Sie gebracht haben, können Sie bei Benutzung des Ruhnkke-Fingerringes schon längst das Neueste gelesen haben. Ist es oft nicht zum Verzweifeln, wenn Ihr Rasierer trotz aller Mühe dennoch immer wieder zu rutschen beginnt oder bei der geringsten Bewegung abfällt, mindestens aber hin und her wackelt. Selten nur wird solch alte Form genau vor den Augenmitten

sehen, dadurch aber wirkt sie störend und beeinträchtigt Ihr Sehen, so daß selbst die besten und passendsten Gläser wie schlechte und unrichtige wirken. Wie angenehm ist es für Sie, wenn Sie einen modernen randlosen Ruhnkke-Fingerring bequem mit einer Hand richtig aufsetzen, wie selbstjam, wie unauffällig und dabei wie wohntun für Ihre Augen ist das. Der Ruhnkke-Fingerring ist ein guter Diener Ihrer Augen, und wir garantieren Ihnen Zufriedenheit mit ihm.



Der heutige billige Preis für den Ruhnkke-Fingerring ohne Gläser: aus bestem Nickel Mark 2100,—, aus Gold-Double Mark 5000,—, Rathenower Bi-Gläser pro Paar nur M. 4800,—, Punktort-Menisken nur M. 9600,—

Für die Reise und den Sport:

Prismen-Feldstecher „Televist“ eigenes, erst 6x Vergrößerung M. 600 000 8x Vergrößerung 750 000 M. 12x Vergrößerung M. 900 000

Optiker Ruhnkke

- | | | | | | | |
|---|--|---|--|---|-------------------------------|---|
| C Spittelmarkt
W Alexander-Platz
W Friedrich-Str. 193 a
W Leipziger Str. 113
SW Belle-Alliance-Str. 4 | W Friedrich-Str. 193 a
W Leipziger Str. 113
W Ost-Str. 1 | SO Oranien-Str. 44
S Rottbuscher Damm 10
O Frankfurter Allee 14 | N Friedrich-Str. 106
N Jussufden-Str. 164
N Jussufden-Str. 117 | NW Friedrich-Str. 150
N Chaussee-Str. 72
Schönhauser Allee 81 | Charlottenburg
Wilmersdorf | Schöneberg
Friedenau
Neuföhren
Spandau |
|---|--|---|--|---|-------------------------------|---|

Begegnung mit dem Wucher.

Bekämpfung des Aufkäuferwesens — Nahezu 1000 Aburteilungen durch Marktgerichte.

Die Bekämpfung des Wuchers ist eine der wichtigsten und gleichzeitig schwierigsten Aufgaben des Staates. Am 9. Juni hat der preussische Ministerpräsident, Gen. Braun, im Landtag über diese Aufgabe gesprochen. Im Anschluß hieran gibt nun der Präsident des Landespolizeiamtes eine Uebersicht über die Tätigkeit seiner Behörde im Kampfe gegen den volkreisenden Wucher.

Die Preisschilderverordnung.

Die Polizeiverwaltungen sind angewiesen, mit allem Nachdruck den Unredlichkeiten beim Erzeuger, sowie beim Groß- und Kleinhandel nachzugehen, auf Preisaushang und Preisschilder, auf geringes Gewicht, auf Steuerwidrigkeiten zu achten und überhaupt alle unlauteren Machenschaften zu unterbinden. Ohne Rücksicht auf bereits eingeleitete Strafverfahren ist man seitdem vielfach dazu übergegangen, auf Grund der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 die Handelsverträge zu entziehen, sofern sich die Unzuverlässigkeit der Händler erweist. Unterm 8. Februar ist von Preußen eine neue Preisschilderverordnung erlassen worden, die die rechtlich unzulässigen Zustände, die bisher dadurch bestanden haben, daß Regierungspräsidenten, Gemeindeverwaltungen und Preisprüfungsstellen solche Verfügungen von sich aus erlassen hatten, beseitigt. Auf die Durchführung der Preisschilderverordnung sind die Polizeiverwaltungen in Verfügungen und persönlichen Anweisungen hingewiesen worden.

Ueberwachung der Viehmärkte.

In einer Reihe von Städten mit Großviehmärkten sind unter Hinzuziehung von Händlern und Verbrauchern polizeiliche Ueberwachungskommissionen eingerichtet, die vor Beginn des Marktes auf Grund der vorliegenden Unterlagen Preise für Vieh im Klein- und Großhandel festsetzen. Durch diese Maßnahmen ist zum mindesten verhindert worden, daß ein noch höheres Hinauffahren der Viehpreise erfolgte. Gegen den

Wucher mit Obst und Gemüse

ist unter dem 12. Mai ein Erlass des Präsidenten des Landespolizeiamtes herausgegangen, nach dem die Polizeibehörden angewiesen werden, in den Erzeugergebieten in Verbindung mit den Preisprüfungsstellen möglichst auf das Zustandekommen von Mißpreisen in angemessener Höhe hinzuwirken. Nach dem neuen Marktzug im Mai sind unter dem 25. Mai die Polizeibehörden erneut unter Darlegung der Sachlage und Hinweis auf die fürchterliche Not der Verbraucher angewiesen worden, in der Wucherbekämpfung nicht zu erlahmen, sondern sich ihr im Gegenteil ganz intensiv zu widmen. Auf die Warenjurisdiction und das Warenhamstern und auf die Marktpreise in den Erzeugergebieten wurde die besondere Aufmerksamkeit der Ermittlungsstellen gelenkt. Ein Arbeitschaden und wesentliche Ursache der Preissteigerung ist die große Zahl der Händler und Aufkäufer. Auf Grund der Reichsverordnung vom 9. Dezember 1922 haben jetzt nahezu alle Oberpräsidenten in Preußen die Verkaufserlaubnis für Butter und Käse vorgeschrieben. Die nachgelagerte Erlaubnis ist Tausenden verweigert worden, und auf Grund einer neuen Reichsverordnung vom 10. Februar 1923 über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln ist weiteren Tausenden Händlern, die bisher auf Grund des Wandergewerbescheines oder der Legitimationsurkunden nach der Reichsgewerbeordnung Handelndes und auch anderen im Besitz der Handelserlaubnis befindlichen Großhändlern aus volkswirtschaftlichen Gründen die erteilte Handelserlaubnis wieder entzogen worden. Das Landespolizeiamt, das allerdings nur über eine ganz beschränkte Anzahl von Ermittlungsstellen verfügt, schickt diese Beamten in die Erzeugergebiete und dort hin, wo das Aufkäuferwesen besonders beobachtet wird. Die Beamten geben den örtlichen Behörden Anweisungen und greifen auch selbst ein, wo es erforderlich ist. Zurzeit sind Provinz des Landespolizeiamtes tätig in Schleswig-Holstein, in der Provinz Brandenburg und werden demnächst tätig sein im Westen, um den gemeldeten großen Preissteigerungen auf die Spur zu kommen und sie zu unterbinden.

Die Marktgerichte.

Um eine möglichst schnelle Justiz gegen Wucher und Schieber, die auch durch die Wuchergesetze nicht immer gewährleistet ist, zu ermöglichen, sind in Preußen Marktgerichte eingerichtet. Diese sind besetzt mit einem Richter, der amtsrichterliche Strafbefehle erlassen kann, einem Staatsanwalt und einem Gerichtsschreiber. Mit diesem Marktgericht arbeiten Polizeistreifen zusammen, die aus besonders geeigneten Beamten bestehen. Den Marktgerichten werden die Be-

schuldigten von den Polizeibeamten vorgeführt. Sie werden auf Grund eines Antrages des Staatsanwalts sofort abgeurteilt. Legt der Beurteilte Berufung ein, so geht die Berufung an das Wuchergesetz, in komplizierten Fällen, wo besondere Erhebungen noch erforderlich sind, übergibt der Marktgericht die Sache, ohne zu einem Urteil zu kommen, an das Wuchergesetz. Die Marktgerichte werden tätig auf den Wochenmärkten, in den Markthallen und deren Umgebung und auf den Viehhöfen. Die Marktgerichte bestehen in Berlin, Magdeburg, Breslau, Hannover. Sie sind in der Einrichtung begriffen in Eberfeld-Barmen, Hamm, Münster, Frankfurt am Main, Kassel, Hanau, Husum, Kiel, Erfurt, Essen. Die Einrichtung in weiteren Städten ist in Aussicht genommen. Die Zahl der polizeilichen Ermittlungen in den ersten 5 Monaten, die der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage weitergegeben worden sind, betrug nach den im Landespolizeiamt vorliegenden Mitteilungen etwa 43 000. Urteilungen sind nahezu an 1000 erfolgt und es ist auf viele Millionen Mark Geldstrafe erkannt worden.

Auf die Mitwirkung der Verbraucher insbesondere auch der Gewerkschaften ist ständig großer Wert gelegt worden.

Sehnenendes kann natürlich durch den Schutzmann der Wucher nicht radikal, d. h. bis auf die Wurzel ausgerottet werden. Neben der amtlicherseits geforderten Mitwirkung der Verbraucher an der Bekämpfung des Wuchers kann nur die von den Gewerkschaften und Gemeinden organisierte wirtschaftliche Selbsthilfe wirkliche Abhilfe schaffen.

Die Sorgenlosen.

„Warum Sie nicht handeln Sie! Die Herren im Provinzialschulkollegium haben keine Sorgen, aber wir haben Sorgen“ — so rief kürzlich der Stadtkämmerer von Berlin in einer Ausrufung lang verhaltenen Grolls durch den Saal. Und er lenkte damit für einen Augenblick wieder einmal die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, die sich sonst mit wichtigeren Dingen zu beschäftigen hat, auf diese vorintuitivste Behörde in der deutschen Republik, die so wenig Sorgen hat, daß sie ihre Zeit damit verbringt, sich welche zu machen.

Es ist ein seltsames Gemisch von Altknien und Engherzigkeit, Perückenstaub und Arierknochen, das zwischen Ministerium und Schule, zwischen Ministerium und Stadt eingeschaltet ist, um einmalige fortschrittliche Absichten leider auf das burokratisch zulässige Maß zurückzuführen. Ein glücklicher Gedanke, diese überflüssigste Behörde der deutschen Republik nun aus dem Zentrum des Verkehrs hinaus in den fernsten Winkel Ostpreußens zu verlegen. Ein glücklicher Gedanke und ein Symbol zugleich. Was Sorgenfrei am Rande der Großstadtnot! Da drinnen in der Stadt jagt die Entwicklung — hier stehen die Uhren still. Da drinnen schreit die Not — hier unterbricht kein Laut die Stille, hier hört man nichts als das Krachen der Federn und das Rascheln der Mäuse im Altknien. Die Stadt möchte vorwärts, plant Reformen, erfindet Fortschritte, beschließt Ersparnisse — hier hütet man das „historisch Gewordene“, hier läßt man den Gefesseltaub vergangener Jahrhunderte paragraphenweis durch die Finger rinnen. Schulleiter und Lehrer möchten Menschen sein, Erzieher, Freunde und Führer der Jugend — hier macht man sie zu Schulbureaukraten, lehrte sie Berichte schreiben, Berichte und wieder Berichte, Statistiken und wieder Statistiken. Und die Direktoren kommen zur Stadt und verlangen Hilfskräfte für all die nutzlose Schreiberlei — die Stadt hat kein Geld und muß sie ihnen verweigern. Aber sie kann ihnen den Weg der Selbsthilfe zeigen: „Schaltet eure Behörde Sorgenfrei aus, schreibt keine Berichte mehr, die auch von den Sorgenlosen keiner liest, gebt Stichworte, zwei Zeilen statt zwei Seiten!“ Die Stadt hat ihr Schulgeld erhöht — vor zwei, vor drei Monaten — die Schulverwaltung wartet und wartet — die Finanzverwaltung, die Schule braucht das Geld — das Provinzialschulkollegium hat Zeit, hat keine Sorgen, weiß nichts von Marktzug und Geldentwertung und städtischer Finanznot. Und wieder rettet nur die Selbsthilfe: „Schert euch zum Teufel um die Behörde Sorgenfrei, zieht das Schulgeld ein, die Genehmigung wird schon einmal kommen!“

Und wenn sie dann kommt, in zwei Monaten oder drei, und das Geld inzwischen hat nur schon eingezogen, sondern auch ausgegeben ist — dann hat das Provinzialschulkollegium wieder einmal einen Beweis für die Notwendigkeit seines Daseins gebracht! Es ist ja amtlich dazu da, hinter Zeit und Entwicklung einherzuhinken!

Deutsche Republik! Eisen ist teuer — und Besen sind teuer — aber eiserne Besen können unter Umständen sehr billig sein. Nimm den größten, den du hast, und lege sie endlich aus, die überflüssigste Behörde der Welt, die Sorgenlosen in dieser Zeit von Sorgen und Not! Altpapier steht hoch im Preise und Menschen werden gebraucht, die produktive Arbeit leisten!

Flughafen Berlin.

Neue internationale Luftfahrtprojekte.

Der provisorische Flughafen auf dem Tempelhofer Feld wird voraussichtlich Ende nächsten Monats in Betrieb genommen werden können. In diesen Tagen beginnen die notwendigen Bauten für die Unterkunftsräume, Bureaus und die Maschinenhäuser, die in voraussichtlich sehr kurzer Zeit fertiggestellt sein dürften. Dagegen werden die Planierungsarbeiten für die Start- und Landebahn sich umfangreicher und zeitraubender gestalten, denn hier soll etwas Endgültiges geschaffen werden; nach den bisherigen Plänen soll dieser Teil der technischen Anlage dauernd bleiben und infolgedessen werden die notwendigen Erdarbeiten in sehr gründlicher Weise ausgeführt. Man rechnet nun damit, daß das Provisorium der jetzigen Einrichtung auch das nächste Jahr noch überdauern wird. Bis zum Oktober wird der Flugdienst in ausgedehntem Maße aufrechterhalten, während des Winters aber ist immerhin damit zu rechnen, daß eine starke Einschränkung des Betriebes, wenigstens für die rein deutschen Linien eintritt. Sobald man daran denken kann, den Flughafen auf dem Tempelhofer Feld zu vergrößern — diese Aufgabe kann erst eintreten, sobald die schwebenden Projekte der ständigen Ausstellung auf dem Tempelhofer Feld erledigt sind — werden auch das Reichspost- und das Reichsverkehrsministerium, die an der Ausdehnung des Luftverkehrs ein großes Interesse haben, mitentscheiden, in welcher Weise die Anlage ihre endgültige Gestalt finden soll. Die endgültige Anlage des Flughafens hängt letzten Endes aber auch von den internationalen Vereinbarungen über den Luftverkehr zwischen Deutschland und den anderen europäischen Staaten ab. Gegenwärtig sind Verbindungen angeknüpft worden, um eine Fluglinie Paris—Warschau—Bukarest ins Leben zu rufen, die über Berlin führen soll, und dieser Plan wird auch erst dann verwirklicht werden können, wenn die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Entente über die Regelung des Luftverkehrs über deutsches Territorium abgeschlossen und andere Fragen rechtlicher und verkehrsrechtlicher Natur, die damit im Zusammenhang stehen, geklärt sind. Der Flughafen Berlin dürfte auch noch eine hervorragende Rolle spielen, wenn in absehbarer Zeit die großen schwebenden Projekte eines internationalen Verkehrs mit Luftschiffen ihre Erledigung gefunden haben. Bekanntlich besteht nicht nur die Absicht, von Spanien aus den Ueberseesdienst nach Südamerika mit Zeppelin auszuführen, sondern es wird ebenfalls auch die Möglichkeit erörtert, von Hamburg aus eine Luftverbindung über den Nordpol hinweg nach Yokohama einzurichten. Der Flughafen Berlin würde dann Zubringerlinie sowohl nach Hamburg als auch nach Spanien einrichten.

Deutschnationaler Eifer.

Sie wollen eine Schlageter-Straße haben.

Wie lang ist's her, daß der deutschnationale Redner Herr Granah uns im Rathaus ein Privatgespräch über der Zeiten Schlechtigkeit im allgemeinen und die Verschwendungssucht des roten Magistrats im besonderen hielt, weil beflagter so sehr mißachteter Magistrat die umstürzlerische Absicht hat, endlich mal die Straßennamen zu vereinheitlichen und solche inferioren Leute wie Erzberger und Rathenau dabei geehrt werden sollten. Haarfein wurde uns auseinandergesetzt, was das alles kostet, wenn man den Namen einer Straße ändert. Die „D. N. Z.“ berechnete in einem kammenden Artikel eines professoralen Sachverständigen die Kosten auf über eine Milliarde (vor ein paar Monaten!). Die Deutschnationalen in Dahlem denken scheinbar anders. Sie haben beschlossen, beim Bezirk Jeshofen zu beantragen, eine Straße nach dem erschossenen Schlageter zu benennen. Es wäre doch besser, wenn man in Zukunft mit seiner Entrüstung vorsichtiger wäre.

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Die Droschkentutcher vom Halteplatz vor dem Hause umstanden sie im Kreise, und die Pferde sahen von den Futterfäden auf, als Svendborg kam; wahrscheinlich dachten sie, daß sie jetzt fahren sollten, wie sie es gewohnt waren, wenn der Kommandeur in Gala heraustrat. Olsen spuckte mit überlegener Miene auf das Trottoir und rauchte eine Zigarre aus der feinsten Kiste des Kommandeurs.

Die Kinder blieben in einigem Abstand stehen. Sie faßten sich an den Händen, sie hatten zu zittern begonnen. Gude dachte später, daß sie ein Gefühl gehabt haben müßten, als ob die Welt, zu der sie aufsahen, einstürzte, als ob die bösen Mächte von der Rückseite des Hauses, deren Beute sie bis jetzt täglich gewesen waren, sich nun in Aufruhr und Hohn gegen alles, was heilig und ewig war, erhoben hätten. Unbewußt hatten sie geahnt, daß die Gehehe, die Herrscher und Gewürm trennten, jetzt zu Boden getreten wurden, und daß der Böbel die Epauletten seines Herrn raubte. Es waren gleichsam Anzeichen gewaltiger, im Anmarsch befindlicher Revolten!

Wenn der Vater zur Neujahrskur beim König sollte, hatten sie ihn ganz benommen mit den breiten Epauletten, den roten Nebatten auf dem Rock und dem goldbetrehten Hut, wie einen großen Seeheiden vor dem Spiegel stehen, sich drehen und den schwarzen Vollbart mit einer kleinen Bürste frisieren sehen, und die verstanden, wie wunderbar es für ihn sein mußte, sich selbst im Spiegel zu erblicken. Aus der Hintertasche hatten sie mit Beben große flache Bonbons in Silberpapier und mit der Dammegroslette von der königlichen Tafel gestohlen, die er vergeblich hatte herauszunehmen, um sie nachts, wenn er hungrig wurde, zu essen.

Aber jetzt sah der Dreispitz schief auf Svendborgs Haar, das kurz geschritten war, weil sie direkt aus dem Krankenhause, wo sie wegen Ausschlags gelegen hatte, in die Stellung gekommen war, und alle Orden des Kommandeurs waren mit Siednadeln rings auf ihren Busen gesteckt. Denn Svendborg hatte mit den Droschkentutchern um bayerisches Bier aus der Speisekammer gewettet, daß sie es wagen würde, an der Schüdwache unter der Amalienborger Kolonnade vorbeizugehen und zu sehen, ob er das Gewehr präsentieren würde, wenn sie käme. —

Die Kinder spähten schau die Straße hinab, doch sie war ganz leer. Selbst die Billethändler vor dem Theater waren nach Hause gegangen, weil sie ausverkauft hatten. Olsen hatte schon eine flache Bier von Svendborg bekommen und schlug den Pfropfen mit der flachen Hand hinein; die Droschkentutcher riefen Svendborg aufmunternd zu, blieben aber dabei, daß sie nicht zu gehen wagte!

Doch Svendborg ging. Der Degen baumelte ihr zwischen den Knien, sie nahm ihn auf wie den Zipfel eines Rockes und versuchte, fädelbeinig zu gehen. Die Kinder sanken einander beinahe in die Arme. Was würde geschehen, o, etwas mußte doch geschehen! Und sie dachten, was würde nur, wenn jetzt der Kaiser von Rußland käme! Er war zu Besuch da und wohnte auf Amalienborg, und häufig ging er hier groß und majestätisch mit seinem großen Bart spazieren, mit zwei Zivil-detektivs vor sich, um auf Bomben zu passen, und einmal hatte er die Kinder angehalten und gefragt, wie sie hießen, und gesagt, daß er ihren Papa kenne! Befehl er käme, dann wäre es vorbei mit Svendborg, und Baters Uniform würde ihr fortgenommen und wieder in die Bleckliste unter dem Bett gelegt, wo Svendborg und Olsen sie gestohlen hatten!

Aber der Kaiser von Rußland zeigte sich nicht, er war vielleicht an Bord des Kaiserschiffes und ging heute nicht spazieren.

Und als Svendborg die Kolonnade passierte, machte der Gardist mit der Varenfellmütze Front und präsentierte das Gewehr vor Svendborg, indem er mit starren Augen nach rechts, geradeaus und schließlich nach links sah, bis Svendborg zehn Schritte an ihm vorüber war, gerade als ob ein richtiger Kommandeur vorbeigehe.

Damit begnügte Svendborg sich aber nicht, sie ging quer über den Amalienborgerplatz, wo der ganze Hof sie von den Fenstern aus sehen konnte. Und alle die andern Gardisten standen still und präsentierten das Gewehr. Doch mehr geschah nicht. Alles blieb stehen wie zuvor. Svendborg ging an der Statue, die hoch oben auf ihrem Pferde saß, vorbei und denselben Weg zurück. Es geschah gar nichts. —

Das Ganze war so wunderbar! Und als Svendborg zurückkam, sah sie müde aus und ging hinauf, um sich umzuftellen. Sie sagte gar nichts. Auch die Droschkentutcher sagten nichts weiter, sie gingen mit Olsen in den Theaterkeller, um Bier zu trinken. Der Mops Charley war von dem Oberstudenmädchen auf die Straße gelassen worden, um auszu-

lüften; er schnüffelte ein bißchen an Svendborgs Goldstreifen, bellte aber nicht einmal.

Die Kinder hatten sich angesehen, und Edith zuckte die Schultern mit tiefer Verachtung. „Das war auch gerade was Rechtes!“ sagte sie nur und lief in den Stall hinüber, wo sie ein aus einem Besenstiel und zwei Wäscheleinen bestehendes Trapez besaß. Dort hängte sie sich in die Kniekehlen und schautelte. —

Holger grubeste einige Tage über das Geschehene nach; die Gardisten machten also keinen Unterschied zwischen Svendborg und einem wirklichen Kommandeur der Marine, wenn sie nur die Uniform anhatte. Alles, woran er glaubte, war erschüttert, nichts bedeutete mehr etwas, selbst nicht der Prediger in Bethesda, wenn er beim Kindergottesdienst im Spigenhemd und roten Samtornat mit einem Goldkreuz vor dem Altare stand! Seine Gedanken wurden von diesen Zweifeln verwirrt. Um ihn zu lösen, versuchte er zwei Tage später Svendborg in Uniform und den Gardisten, der Honneur machte, mit Buntstiften zu zeichnen. Doch im ganzen Hause fand sich kein Papier außer Zeitungen an einem Hafen und den kleinen marmorierten Karten, die die Mutter zu Einladungen gebrauchte. Und an Büchern, aus denen er eine Vorderseite herausreißen konnte — wie er es längst bei seinen Schulbüchern getan hatte —, fand sich nicht ein einziges in der ganzen Wohnung außer dem roten Adelsjahrbuch, das Mutter jeden Tag brauchte. Doch auf dem Tische des Baters entdeckte er eine Rolle alter Landkarten. Leichtsinig zog er die kleinste aus der Rolle und begann zu zeichnen. Als der Kommandeur kurz darauf in Gala von einer Beerdigung kam und sich wie immer, um irgendeine Unordnung zu entdecken, leise ins Speisezimmer schlich, fand er seinen Sohn mit seinen Bleistiften über dem Tisch liegen und sprang wie der Blitz zu: erstens, weil der Bursche eine von den geheimen Seeminienkarten der Marine verborgen hatte, zweitens, weil er Karikaturen von seinem Vater mit Damenfigur und Hüften machte, und endlich, weil er den Bengel lehren wollte, etwas Nützlicheres zu tun, als nur zu seinem Beranügen Bilder zu zeichnen! — Er hatte ja seine Bilderbücher! — und obendrein mit Buntstiften und dem Ehtisch zu verschrammen!

Edith hatte kürzlich die Reitpeitsche des Hauses zerbrochen, so daß die Mutter die des Bereiters leihen mußte, wenn sie ausritt, und der Vater knöpfte daher die Galweste auf und nahm den Hosentiemen ab. (Fortsetzung folgt.)

Die preussischen Finanzen.

Der Preussische Landtag führte am Montag die Beratung des Haushalts des Staatsministeriums zu Ende. Genosse Dr. Baedt zeigte sich für die Regelung der einheitlichen Steuermessung der preussischen Provinzialverwaltungen im Reichsrat ein. Die Abstimmung über die Entschliessungsanträge wird bis Donnerstag zurückgestellt. Der Haushalt wird in zweier Besung ungetrennt angenommen. Der Gesetzentwurf zur Umstellung der staatlichen Bergwerke und des Ausführungsgesetz zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz gehen nach der ersten Beratung an die entsprechenden Ausschüsse. Nach Annahme des Haushalts der Münzverwaltung, der Abrechnungskammer und der Lotterieverwaltung geht das Haus an die Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung.

Genosse Dr. Waentig gibt in sachkundigen Ausführungen vor dem schwach besetzten, aber aufmerksamsten Hause ein anschauliches Bild von den Schwierigkeiten und Besserungsmöglichkeiten in der Finanzlage Preussens. Es ist keine Freude, betonte Genosse Dr. Waentig, zur allgemeinen Finanzlage zu sprechen. Sie ist in zweierlei Richtung unangünstig: einmal, weil das Budget ein außerordentlich großes Defizit aufweist, dann aber vielleicht noch mehr deshalb, weil die künftige Entwicklung auf absehbare Zeit vollkommen unübersichtlich ist. Der Finanzminister und wohl viele Mitglieder des Hauses haben früher die an sich unangünstige Lage mit einem gewissen Optimismus betrachtet. Man hat sich mit der Vorstellung getröstet, daß sich wohl in absehbarer Zeit die Dinge von selbst einrichten werden. Heute dürfte der Optimismus in einen Pessimismus umzuschlagen sein. Es besteht die nicht geringe Gefahr, daß diese pessimistische Einstellung nun auch zu einer Art der Finanzpolitik führt, die sozusagen die Finnte ins Korn wirft. Demgegenüber müssen wir mit Energie gerade von dem Herrn Finanzminister eine aktive Finanzpolitik fordern. Allerdings — das ist zugeben — es ist leichter gesagt als getan. Der Aktivität des Finanzministers sind vor allem durch den Versäumer Vertrag, aber auch durch die Reichsverschuldung bis zu einem gewissen Grade die Hände gebunden. Es läßt sich nicht leugnen, daß die heutige Regelung erhebliche Schwächen aufweist, vor allem in der Unzulänglichkeit der

Abgrenzung zwischen den Einnahmen des Reiches und der Länder.

Die Frage der Abgrenzung der Finanzhoheit der Länder und Gemeinden ist wohl formell gelöst, nicht aber praktisch. Wenn nun aus den Kreisen der Parteien dieses Hauses der Vorschlag gemacht wurde — und wenn ich recht verstanden habe, hat sich der Herr Finanzminister im wesentlichen auf den Boden dieses Vorschlages gestellt —, die bestehenden Uebel dadurch zu beseitigen, daß man die Einkommensteuer, die heute eine Reichsteuer ist, an die Länder zurückverweist, so würden meine politischen Freunde sich mit dieser Regelung nicht einverstanden erklären können (Sehr wahr!), und das aus finanzpolitischen wie aus verfassungspolitischen Gründen. Aus finanzpolitischen Gründen deshalb, weil die allgemeine Einkommensteuer doch den Charakter des Reichsteuernsystems darstellt. Nicht weniger als 254 Millionen wurden allein im Reich aus der Reichseinkommensteuer ausgeführt. Die Befreiung der Einkommensteuer als Reichsteuer würde also einen finanzpolitischen Schritt von ungeheurer Tragweite bedeuten. Wenn man darauf verweist, daß heute schon das Reich einen erheblichen Teil des Ertrags der Reichseinkommensteuer an die Länder überweist, so ist das doch ein Zustand, von dem wir hoffen, daß er ein vorläufiger ist. Und nun die verfassungspolitische Seite. Die Rückverweisung der Einkommensteuer an die Länder würde, wenn auch nicht offen, so doch im geheimen eine

Revision der ganzen Reichsfinanzverwaltung

bedeuten. Wiederum würde der Schwerpunkt in die Länder verlagert und unter Umständen würde das Reich wieder in die Lage kommen, sich von den Ländern Einnahmen verschaffen zu müssen.

Zuf Kosten des Reiches darf die Stärkung der Finanzen der Länder nicht vor sich gehen.

(Sehr richtig! links.) Wir wünschen ja, und sehen uns immer als Ziel, daß über kurz oder lang die Länder im Reich ganz aufzuehen sollen. (Sehr richtig! links.) Wir haben im Hauptauschuss vorgeschlagen, daß man vielleicht daran denken könnte, einen Teil der Einkommensteuer an die Länder zu überweisen, und zwar die Besteuerung der sogenannten fundierten Einkommen. Man könnte daran denken, die allgemeine Einkommensteuer dem Reich vorzubehalten, aber die Sonderbesteuerung des Einkommens aus Besitz und Vermögen an die Länder zu übertragen. Anlässe dazu sind ja bereits vorhanden. Nach dem augenblicklichen Bundessteuergesetz haben die Länder nur die Ertragssteuern. Aber praktisch hat die Befreiung der Länder vielfach den Boden der Ertragssteuern verlassen und sich ganz bewusst auf den Boden der Vermögens- und Besitzsteuern gestellt. Sachsen und andere Länder haben diesen Weg beschritten. Ich könnte nur empfehlen, diesen tatsächlichen Zustand zu einem rechtmäßigen zu machen und den Ländern die Möglichkeit zu geben,

auf dem Boden der Vermögenswertbesteuerung ihre Finanzen zu stärken.

Solange die Abgrenzung nicht erfolgt ist, muß man mit den augenblicklichen Steuern auskommen. Wir möchten deshalb an den Herrn Finanzminister die Bitte richten, die Reform der Grundsteuer im Auge zu behalten und mit der Einbringung des Gewerbesteuerentwurfes nicht zu ärgern. Allerdings erhebt sich die Frage, ob bei der gegenwärtigen Lage mit finanziellen Mitteln allein auf dem Wege der Besteuerung man zum Ziele kommen kann. Man spricht heute von einer

Krise des Steuerstaates.

Man bezweifelt, ob es möglich ist, mit den Methoden der Besteuerung zum Ziele zu kommen, ebenso vom Standpunkt der Steuererhebung aus, wie vom Gesichtspunkt der Steuererhebung. Vor allem spielt hier dann noch das Problem der Steuerüberwälzung eine große Rolle. Wie sich tatsächlich die Belastung in den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung unter dem Einfluß der bestehenden Preisgestaltung auswirkt, das ist eine Frage, die kein Mensch beantworten kann. Niemand weiß zu sagen, wer endgültig und in welchem Maße die Steuer trägt. Nur eins steht fest, daß bei dem heutigen System eine

Überlastung des Einkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger

statifindet und daß diese Tatsache im Zusammenhang steht mit der Eigentümlichkeit der Preisgestaltung; bloß der Form nach haben wir

eine Preisgestaltung auf dem freien Markt, tatsächlich ist sie monopolistisch. Ich möchte ferner hinweisen auf die großen Schwierigkeiten in der Frage der Progression. Es ist sehr leicht gesagt, man solle die Progression sozusagen ad infinitum fortführen, aber die Fortführung des Progressionsprinzips führt zu einem inneren Widerspruch, insofern eine Rückwirkung statifindet auf die Einkommensbildung. Man wird also daran denken müssen, zu neuen Formen der Deduktion zu schreiten.

Der Herr Finanzminister hat sich allerdings bei mehreren Gelegenheiten scharf zu dem Grundgedanken, daß er ausschließlich Finanzminister sei. Er hat es abgelehnt, sich bei seiner Finanzpolitik von wirtschaftspolitischen Erwägungen beeinflussen zu lassen. Dieser Standpunkt ist unter den heutigen Verhältnissen nicht haltbar. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß von führenden Persönlichkeiten im Reich mehrfach gefordert wurde, daß das Reichsfinanzministerium und das Reichswirtschaftsministerium vereinigt werden, weil nur auf dieser Grundlage eine Gesundung im Reich möglich sei. Wie immer möchte ich den dringenden Wunsch betonen, daß gerade der Herr Finanzminister sich bei seiner Finanzpolitik stark von volkswirtschaftlichen Erwägungen mit beeinflussen lasse, und ich möchte meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß der Herr Finanzminister die Methode der Beschaffung finanzieller Mittel im Wege der schwebenden Schuld, wenn auch vielleicht unter dem sanften Druck des Herrn Reichsbankpräsidenten, nun aufgegeben hat und zur Methode der

Aufhebung von Anleihen

übergegangen ist. Daß theoretisch eine Goldanleihe das Ideal wäre, wird niemand bestreiten, aber wir haben nur die Möglichkeit, entweder eine Papiermarkanleihe oder eine Sachwertanleihe auszugeben. In der Zeit vollkommener Unsicherheit und der Gefahr einer Verschlechterung der Kaufkraft der Mark scheint eine Sachwertanleihe die einzig richtige Form zu sein. Wir haben gehört, daß sowohl die Roggenanleihe wie auch die Kalianleihe so günstige Ertragsansätze gebracht haben, daß der Finanzminister eine dritte Kalianleihe ausgeben will.

Wir haben schon im Hauptauschuss gefordert, der preussische Staat solle, wie das die Gemeinden und andere Länder getan haben, die

Erwerbssteuern ausbauen.

Damit würden nur alte preussische Traditionen wieder aufgenommen. Es wird immer ein Ruhmesstiel des preussischen Staates bleiben, daß er sich auch in der liberalen Ära von der Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht hat abdrängen lassen. Es würde sich darum handeln, diese Tendenz wieder aufzunehmen. Zum Glück befinden sich im Vermögensbesitz des preussischen Staates wichtige Sachgüter, die landwirtschaftlichen Domänen, die Forsten und die Bergwerke. Die Frage ist nur, ob die heutige Art der Bewirtschaftung dieser Vermögensobjekte die zweckmäßige ist. Man wird zugeben müssen, daß nicht dieselbe Methode auf die verschiedenen Objekte in gleichem Maße angewendet werden kann. Wir hätten gewünscht, daß der von uns im Hauptauschuss eingebrachte Antrag, der das Staatsministerium auffordert, dem Landtag bald geeignete Vorschläge zu unterbreiten, um

die gesamten staatlichen Unternehmungen und Besitzungen unter Aufrechterhaltung ihres staatlichen Charakters in selbständige, unter eigener Verantwortung wirtschaftende Verwaltungskörper in der Rechtsform freier Gesellschaften zusammenzufassen,

auch von den anderen Parteien gemüßigt worden wäre. Man hat uns unterstellt, wir hätten gefordert, alles sozusagen über einen Kamm zu scheren. Davon kann gar keine Rede sein. Wir forderten nur die Erhebung der bürokratischen Form der Verwaltung durch modernen wirtschaftlichen Geist. Ueber die Form selbst, in der in dem einen oder anderen Falle die Neugestaltung sich vollzieht, werden wir natürlich mit uns reden lassen. Nebenfalls möchten wir eines betonen: der preussische Staat soll sich nicht damit begnügen, seine Sachgüter zu verwalten und deren Rohstoffe zu verkaufen, sondern er soll auch dafür sorgen, daß diese Rohstoffe in seinen Händen oder in von ihm beherrschten wirtschaftlichen Verwaltungskörpern ausgenutzt werden. Ich verweise darauf, daß mit Rücksicht auf die moderne Chemie z. B. sich sehr erfreuliche Perspektiven für denjenigen ergeben, der gleichzeitig über Kohle, Holz und Salz verfügt. Wir würden wünschen, daß der Herr Finanzminister dieser Frage einer weiteren wirtschaftlichen Ausbeutung der Rohstoffe im Interesse der Gesamtheit seine Aufmerksamkeit zuwendet. Mehr als es bisher gesehen ist, muß der Staat Einfluß gewinnen auf großkapitalistische Unternehmungen, er muß versuchen, sich an ihrem Aktienkapital zu beteiligen und sich dadurch, wie es in einigen anderen Staaten schon geschehen ist, reiche Einnahmen verschaffen. Auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft ist, soweit ich unterrichtet bin, bereits der Anfang gemacht. Von allen diesen Gesichtspunkten aus rufen wir deshalb dem Herrn Finanzminister zu: Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nach dem Genossen Dr. Waentig erklärte der Abg. Rhsel-Fuchs (3.), eine reinliche Scheidung zwischen den Einnahmen von Ländern und Gemeinden einerseits und denen des Reiches andererseits sei unbedingt notwendig. Er könne sich in dieser Beziehung Herrn Dr. Waentig nicht anschließen.

Inzwischen ist ein Antrag unserer Genossen eingegangen, der auch von anderen Parteien unterzeichnet ist und der die Staatsregierung auffordert, alle Wirtschaftskörper zu prüfen, die sich darbieten, um die Staatsbetriebe unter Aufrechterhaltung ihres öffentlichen Charakters von der sonstigen Staatsverwaltung zu trennen, unter wirtschaftlich selbständige Verwaltungskörper zu stellen und mehr nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten zu lassen.

Nachdem dann noch der Abg. Dr. Regenborn (Drais.) sich mit den Darlegungen des Zentrumsredners einverstanden erklärt hatte, vertagte sich das Haus zur Fortsetzung der Beratung der allgemeinen Finanzverwaltung auf Dienstag, 13. Uhr.

Der Direktor des Stenographischen Bureaus im Preussischen Landtag, Johannes Rindermann, ist am 10. Juni seinem wenige Tage vorher verstorbenen Amtsvorgänger Krause in den Tod gefolgt. Er hat dem Bureau seit 1878 angehört und auch eine Reihe von Jahren den stenographischen Dienst in der Berliner Stadtverordnetenversammlung geleitet. Seine stenographischen Fähigkeiten als Praktiker wie als Theoretiker waren hervorragend.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 106. Abt. Rosenfeld, Mittwoch, den 13. Juni, 7 1/2 Uhr, in der Röhren-Schule, Lindenstraße, öffentliche Versammlung. Vortrag des Genossen Dr. Wolff Braun, M. d. R.: „Deutschland und Frankreich in Vergangenheit und Gegenwart“.
- 11. Kreis Schöneberg-Friedenau, Dienstag, den 12. d. M., 7 1/2 Uhr, Arbeitsfunktionärversammlung bei Will. Martin-Luther-Str. 60. Vortrag des Genossen Altmeyer über „Die politische Lage“.
- 15. Kreis, Dienstag, den 12. Juni, 8 Uhr, Arbeitsfunktionärversammlung in Riesen-Schneeweide, Neue Schule.
- 137. Abt. Reinickendorf-West, 7 1/2 Uhr, Funktionärversammlung im Volkshaus, Schornweberstr. 114. Jungsozialisten, Gruppe Lichtenberg: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Posthaus, Vortrag des Gen. Dohlfuß über „Sozialismus“.

Mitgliederversammlungen und Jahlabende am Mittwoch, den 13. Juni:

- 1. Abt. 7 1/2 Uhr Schule Auguststr. 68, Mitgliederversammlung. Thema: „Bericht über die Arbeit und andere Vorträge der deutschen Arbeiter“. Ref. Gen. Adolf Hoffmann, M. d. R.
- 2. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabende: Lokal-Schule, Stollbergstr. 23. Ref. Gen. Rudolf Joch, Lokal-Schule, Poststr. 107-108. Ref. Gen. Grunwald, Lokal-Schule, Engelstr. 14. Ref. Gen. Gant.
- 3. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus (früher Vuhli-Säle), Neue Königstr. 24. Vortrag des Gen. Horatz Bielek über „Sozialistische Politik“. Die Genossen anderer Abteilungen sind willkommen.
- 7. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabende: 1. Stufe, Streifenstr. 53; 2. Stufe, Breitenstr. 11; 3. Stufe, Schlegelstr. 1; 4. Stufe, Kottbusstr. 1; 5. Stufe, Poststr. 79.
- 8. Abt. Unteramt, A. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Richter, Steinwegstr. 36 und Wilmers, Pflanzstr. 78.
- 9. Abt. 7 1/2 Uhr Diskussions- und Jahlabende bei Fufenhof, Perlebergstr. 64 und bei Hammer, Bismarck- und Eder-Str.
- 10. Abt. 7 1/2 Uhr Diskussions- und Jahlabende für sämtliche Bezirke Gemeinde-Bezirk Wilmersdorf, Refektorium über „Die Parteiverhältnisse im Ausland“.
- 11. Abt. 7 1/2 Uhr bei Berger, Kochstr. 23, Mitgliederversammlung. Thema: „Die politische Lage“. Ref. Gen. Dr. Löwenstein, M. d. R.
- 12. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabende Schule Kottbusstr. 12 und bei Schmidt, Wilmersdorfstr. 17.
- 14. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabende in folgenden Lokalen: Engel, Ewinmünder Straße 65; Ritz, Sonnenländer Str. 7; Segen, Grunewaldstr. 17; Janisch, Poststr. 48; Gilmow, Poststr. 42; Gant, Poststr. 11 und Wilmersdorf, Wilmersdorfstr. 12.
- 16. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabende: Corus, Eder-Str. 37; Richter, Poststr. 31; Regenborn, Poststr. 75. Tagesordnung: „Bericht über den Hamburger Kongress“.
- 17. Abt. 7 1/2 Uhr Schulhaus Kottbusstr. 23. Thema: „Die politische Lage“. Ref. Gen. Ritzke.
- 18. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabende in den bekannten Lokalen.
- 19. Abt. 7 1/2 Uhr gemeinsame Jahlabende bei Wenzel, Kolonnenstr. 147.
- 21. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabende in den bekannten Lokalen. Die Bezirksführer möchten einladen. — Der Jahlabend-Schule Ruhelplatzstr. wird verlegt nach dem Schroder-Haus, Ruhelplatzstr.
- 22. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabende in folgenden Lokalen: Abraham, Poststr. 19; Johnson, Poststr. 43 und Gant, Poststr. 11.
- 23. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabende: Brandenburger, Poststr. 104; Schulz, Poststr. 106; Grunewald, Kameruner Str. 19 und Zaubel, Wilmersdorfstr. 3.
- 25. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabende bei Gant, Poststr. 11. Gant, Poststr. 11; Gant, Poststr. 11; Gant, Poststr. 11.
- 26. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im „Internationalen Haus“, Johannisstr. 7. Thema: „Die politische Lage“. Ref. Gen. Dr. Weinberg, Poststr. 11.
- 27. Abt. 7 1/2 Uhr Gruppenjahlabende: Gruppe 1 (Gölling), Gruppe 2 (Gölling), Gruppe 3 (Gölling) bei Richter, Poststr. 11; Gruppe 4 (Gölling) bei Schmidt, Poststr. 11; Gruppe 5 (Gölling) bei Schmidt, Poststr. 11.
- 28. Abt. 7 1/2 Uhr bei Dittmer, Schreiber Str. 23, gemeinsame Jahlabende. 1. Parteianglegenheiten. 2. Vortrag des Gen. Schwarz-Bannheim, M. d. R.: „Die politische Lage“.
- 29. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabende in folgenden Lokalen: Bezirk 98, 99-104 bei Schmidt, Poststr. 11; Bezirk 99, 100-104 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 101, 102-104 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 103, 104 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 105-108 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 109-112 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 113-116 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 117-120 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 121-124 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 125-128 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 129-132 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 133-136 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 137-140 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 141-144 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 145-148 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 149-152 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 153-156 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 157-160 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 161-164 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 165-168 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 169-172 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 173-176 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 177-180 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 181-184 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 185-188 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 189-192 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 193-196 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 197-200 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 201-204 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 205-208 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 209-212 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 213-216 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 217-220 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 221-224 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 225-228 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 229-232 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 233-236 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 237-240 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 241-244 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 245-248 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 249-252 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 253-256 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 257-260 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 261-264 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 265-268 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 269-272 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 273-276 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 277-280 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 281-284 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 285-288 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 289-292 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 293-296 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 297-300 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 301-304 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 305-308 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 309-312 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 313-316 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 317-320 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 321-324 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 325-328 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 329-332 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 333-336 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 337-340 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 341-344 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 345-348 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 349-352 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 353-356 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 357-360 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 361-364 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 365-368 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 369-372 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 373-376 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 377-380 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 381-384 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 385-388 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 389-392 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 393-396 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 397-400 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 401-404 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 405-408 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 409-412 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 413-416 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 417-420 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 421-424 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 425-428 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 429-432 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 433-436 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 437-440 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 441-444 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 445-448 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 449-452 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 453-456 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 457-460 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 461-464 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 465-468 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 469-472 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 473-476 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 477-480 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 481-484 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 485-488 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 489-492 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 493-496 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 497-500 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 501-504 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 505-508 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 509-512 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 513-516 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 517-520 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 521-524 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 525-528 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 529-532 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 533-536 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 537-540 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 541-544 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 545-548 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 549-552 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 553-556 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 557-560 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 561-564 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 565-568 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 569-572 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 573-576 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 577-580 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 581-584 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 585-588 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 589-592 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 593-596 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 597-600 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 601-604 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 605-608 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 609-612 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 613-616 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 617-620 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 621-624 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 625-628 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 629-632 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 633-636 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 637-640 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 641-644 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 645-648 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 649-652 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 653-656 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 657-660 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 661-664 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 665-668 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 669-672 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 673-676 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 677-680 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 681-684 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 685-688 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 689-692 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 693-696 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 697-700 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 701-704 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 705-708 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 709-712 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 713-716 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 717-720 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 721-724 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 725-728 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 729-732 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 733-736 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 737-740 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 741-744 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 745-748 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 749-752 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 753-756 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 757-760 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 761-764 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 765-768 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 769-772 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 773-776 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 777-780 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 781-784 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 785-788 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 789-792 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 793-796 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 797-800 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 801-804 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 805-808 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 809-812 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 813-816 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 817-820 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 821-824 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 825-828 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 829-832 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 833-836 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 837-840 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 841-844 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 845-848 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 849-852 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 853-856 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 857-860 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 861-864 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 865-868 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 869-872 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 873-876 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 877-880 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 881-884 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 885-888 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 889-892 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 893-896 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 897-900 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 901-904 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 905-908 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 909-912 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 913-916 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 917-920 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 921-924 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 925-928 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 929-932 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 933-936 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 937-940 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 941-944 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 945-948 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 949-952 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 953-956 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 957-960 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 961-964 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 965-968 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 969-972 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 973-976 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 977-980 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 981-984 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 985-988 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 989-992 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 993-996 bei Ring, Poststr. 11; Bezirk 997-1000 bei Ring, Poststr. 11.

stahl gewacht zu haben, da der junge Mann sich ihm gegenüber als Rauchwarenhändler ausgegeben habe und er annehmen mußte, dieser hätte das Geld bei seinen Geschäften verdient. Da aber der junge Mann der Frau und Tochter des Amroth kostspielige Geschenke gemacht und in den ganzen 14 Tagen aus der Bar überhaupt nicht herausgekommen ist und des öfteren dort auf dem Sofa übernachtet hat, nahm das Gericht für erwiesen an, daß es sich bei dem Angeklagten um Hehlererei gehandelt habe.

Ein bemerkenswerter Rhön-Seefflug. Aus Gersfeld wird gemeldet, daß der Pilot Stamer bei düggstem Winde am Westabhange der Wassertuppe zum Probeflug auf einem Wellen-segelflugzeug startete. Er überhöhte die Wassertuppe um 200 Meter und umkreiste sechsmal den Start. Er überflog Gersfeld in 300 Meter Höhe und landete nach einer Fahrt von 40 Minuten Dauer, wobei das Segelflugzeug eine Geschwindigkeit von 100 Kilometer erreichte.

